

AntifaZ

Antifaschistische Zeitung

49

Sept./ Okt. '94

9. Jahrgang

DM 3,00

EINGEGANGEN
0 4. OKT. 1994
Erled.

**Antifa-
Aktion 94**

**Work-Camp
im KZ
Buchenwald**

**Prozeß in
Ankara**



Zeichnung von Henri Pieck „Ausmarsch zur Arbeit“

Inhalt

3 Editorial

Berichte

4 Aktion 94

7 Streicht die Faschisten von den Listen

12 Unverträglichkeiten beim Essen inm Bochumer Flüchtlingslager

14 Begasungen in Flüchtlingsunterkünften

21 DEP-Abgeordnete stehen vor Gericht

23 Türkei und BRD - Waffenbrüderschaft gedeiht prächtig

28 Polizei überfällt kurdische Radfahrer

29 Antifa-Work-Camp in Buchenwald

Dokumentation

16 500 Jahre Kampf in Mexiko, Teil IV

Debatte

9 Superwahljahr Teil III

34 LeserInnenbriefe

Ankündigung

36 Delegation kurdischer Frauen kommt in die BRD

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM

Förder-Abonnement/ Jahr ab 30,- DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom/von der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung

Donnerstag, 19. - 20.00 Uhr.

AbonentInnen- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck:

LUPEN

OFFSETDRUCK

DUISBURG

Editorial

Deutschland steuert in die **"heiße Phase" des Wahlkampfes**. Kanzler Kohl fügte seinen "goldenen Worten" wie "kollektiver Freizeitpark" (an die Adresse der Arbeitslosen) oder "Volksfront" (das Gespenst einer Koalition von SPD/Die Grünen/Bündnis 90 unter Tolerierung durch die PDS) eine weitere Originalschöpfung hinzu. Auf der Auftaktveranstaltung des "heißen" Wahlkampfes in Dortmund bezeichnete er die PDS als "rotlackierte Faschisten". Die SPD setzt unter Scharping ihr "Schattenkabinett" entgegen. Ihre Chancen, die CDU/CSU/FDP-Regierung abzulösen, sind inzwischen fast auf Null gesunken.

Teil III zum **"Superwahljahr 1994"** beschäftigt sich mit der aktuellen Situation im Lande angesichts der letzten Wochen vor den Wahlen.

"Aktion 94" war das Motto von in zahlreichen Städten und Regionen stattfindenden **antifaschistischen Aktionen** gegen die von den Faschisten geplanten Aufmärsche anlässlich des **7. Todestags von Rudolf Hess**, die im Rahmen einer **"Nationalen Aktionswoche"** stattfinden sollten, aber von staatlicher Seite weitgehend verhindert wurden.

Dazu ein Artikel unter der Überschrift **"Faschistische Strukturen angreifen"**.

Überhaupt wären zahlreiche Berichte nötig, um die erfreulicherweise wachsende Zahl antifaschistischer und antirassistischer Aktionen zu beschreiben. Auch können wir nicht auf wichtige Ereignisse eingehen wie die skandalöse richterliche Begründung des **Deckert-Urteils**, die offensichtliche Ungleichbehandlung von Faschisten und Punkern (Massenverhaftungen und Unterbringung in Fußballstadien bei den **Chaostagen** in Hannover und Stuttgart).

Dafür bringen wir aber eine ausführliche Darstellung der Behandlung von Asylsuchenden in der **Bochumer Lewackerstraße** und in **Herne**, die **Thea A. Struchtemeier** uns zukommen ließ.

Selbstverständlich folgt in dieser Ausgabe der **Teil IV** der Artikelserie über **Mexiko** von **Klaus Dillmann**.

Wegfallen muß der in der vergangenen Ausgabe angekündigte Bericht über das AFB-Wochenendseminar in Papenburg - es liegt inzwischen auch etwas weit zurück.

Ausführlich nimmt KD erneut zu den **Waffenlieferungen der BRD an die Türkei** Stellung, wobei er auch auf die **Tötung eines jungen Kurden** durch einen Polizisten in Hannover eingeht:

"Türkei und Deutschland: Waffenbrüderschaft gedeiht prächtig". Darüber hinaus liegt ein Artikel der türkischen Organisation **DİDF** zum **Prozeß gegen 6 kurdische Abgeordnete in Ankara** vor.

Angekündigt wird eine Veranstaltung in Recklinghausen, die im Rahmen einer **Rundreise mit kurdischen Frauen** stattfindet, organisiert von **Terre des femmes**.

Weiter gibt es einen Bericht über ein **"Work-Camp"** im **Konzentrationslager Buchenwald**. Zum Schluß zwei Leserbriefe, von denen derjenige eines **"Militanten Nationalistischen Freundeskreises"** uns auch mal wieder Grund zu herzlichem Lachen bot. Wir spielen mit dem Gedanken, eine Rubrik **"Lustiges aus der Fascho-Szene"** einzurichten. Eventuell wäre ja Dieter Riefling vom **MNF** bereit, uns regelmäßig mit Leserbriefen zu bedienen. Weitere Artikel sind angekündigt, lagen aber bei Redaktionsschluß noch nicht vor - vielleicht trudelt der eine oder andere ja noch in letzter Sekunde bei uns ein.

Für heute herzliche antifaschistische Grüße.

WT im Namen der AntifaZ-Redaktion

AKTION 94

AntifaschistInnen "greifen faschistische Strukturen an"

Aktionen zur Verhinderung des "Rudolf-Heß- Gedenkmarsches" 1994

Vom 13. bis 21. August 1994 wollten Faschisten in Deutschland eine "Nationale Aktionswoche" anlässlich des 7. Todestags von "Reichsminister a.D. R u d o l f H e s s" durchführen. Dies Vorhaben scheiterte in erster Linie an der Tatsache, daß der bundesdeutsche Staat in diesem Jahr so gut wie sämtliche Aktionen verhinderte. Noch gründlicher ging die luxemburgische Polizei vor, die eine geplante größere Demonstration durch die Stadt Luxemburg entschlossen auflöste.

Unter dem Motto "Aktion 94" hatten sich schon im Frühjahr des Jahres im wesentlichen Gruppen aus der autonomen Antifabewegung zusammengeslossen, um durch dezentrale Aktionen den (erwarteten) zentralen Aufmarsch, wenn schon nicht zu ver-, so doch möglichst weitgehend zu behindern, indem z.B. die "Hauptverantwortlichen" für den diesjährigen Naziaufmarsch "an ihren Wohnorten aufgesucht" werden sollten. Die "Aktion 94" ging davon aus, daß erneut ein massives Polizeiaufgebot den Faschistenaufmarsch letztlich ermöglichen würde:

"Anstatt wie in den letzten Jahren hinter den Nazis herzufahren, um dann vor einem riesigen Polizeiaufgebot zu stehen, das diese schützt, wird es fast im gesamten Bundesgebiet unterschiedlichste Veranstaltungen und Aktionen gegen die Faschisten in den entsprechenden Regionen geben. Einerseits versprechen wir uns davon, die Nazis effektiver bekämpfen zu können, andererseits aber auch uns und unsere Inhalte vor Ort zu verankern."

Die Organisation örtlicher und regionaler antifaschistischer Aktivitäten ist sehr zu begrüßen, ebenso die ansatzweise

gelungene Zusammenarbeit mit örtlichen Gruppen von Grünen/Bündnis 90 und PDS.

Auch die Tatsache, daß in 35 Städten und Regionen (so die Ankündigung der Presse: Erklärung vom 27.7.94) Aktionen stattfinden sollten (20 Berichte über einzelne Aktionen wurden in einer Pressemappe dokumentiert), ist ermutigend.

Festzustellen ist allerdings, daß in der Einschätzung der gesellschaftlichen Situation Mitte dieses "Wahl"jahres die Faschisten ein wenig richtiger lagen. Sie hatten mit der eintreffenden Verhinderung ihres Marsches durch diesen Staat gerechnet. So schreibt Christian Worch, Hauptorganisator der meisten bundesweiten

Faschistenaufmärsche:

"Wir müssen davon ausgehen, daß die Sicherheitsorgane der BRD in diesem Jahr alles, aber auch wirkliche alles unternehmen werden, um eine Demonstration zum Todestag des Märtyrers für den Frieden unmöglich zu machen."

Daher hatten auch die Faschisten in diesem Jahr auf dezentrale Aktionen orientiert, zugleich sollte aber auch eine "zentrale Demonstration" stattfinden, der Versuch in Luxemburg war

wohl diese geplante "zentrale" Aktivität.

"Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen"

Wie dies zentrale Motto der "Aktion 94" im einzelnen gemeint war, zeigt das Beispiel aus Berlin. Hier schreibt das örtliche Aktionsbündnis im Aufruf zur Demonstration am 13.8.94:

"Dieses Jahr startet mit der "Aktion 94" der Versuch bundesweit koordinierter regionaler Aktionen gegen den "Gedenkmarsch". Ziel ist zum einen eine möglichst wirkungsvolle Behinderung der faschistischen Mobilisierung durch Blockaden von Zentren oder Kadern, die an der Organisation des Aufmarsches beteiligt sind. Darüberhinaus ist jedoch auch Ziel der "Aktion 94", faschistische Aktivitäten vor Ort aufzuzeigen, ihre Drahtzieher öffentlich zu machen und es Menschen aus unterschiedlichsten Spektren zu ermöglichen, sich am Widerstand dagegen zu beteiligen. Im Rahmen der "Aktion 94" findet am 13.8.94 eine antifaschistische Demonstration gegen den Weddinger Nazi ARNULF WINFRIED PRIEM statt. Priem ist an der obersten

Organisationsleitung des Hess-Aufmarsches beteiligt."

Nach einer ausführlichen Darstellung des politischen "Werdegangs" der Nazi-Funktionärs Priem sowie einer ausführlichen Darstellung der Rolle des Staates bei der Duldung der faschistischen Terroraktivitäten Priems wird im letzten Teil unter dem Motto "Was tun? - Was tun!" ausgeführt:

"Das Beispiel Arnulf Winfried Priem zeigt jedoch nicht nur die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Interessen von Staat und Nazis auf. Priem ist auch das beste Beispiel für die Machbarkeit antifaschistischen

nach rechts driftet, ist es notwendiger denn je, mit vielfältigsten Formen Widerstand gegen Faschismus und Rassismus und Sexismus zu leisten. (...) Mit unserer Aktion wollen wir aufzeigen, daß keine der FaschistInnen unangreifbar sind. Alle Nazis haben Namen und Adressen! (...)

Mit der Demo am 13.8. wollen wir versuchen, seine Macheschaften an die Öffentlichkeit zu bringen, ihm eine Teilnahme am Rudolf-Hess-Marsch so teuer wie möglich machen und den nötigen Druck aufbauen, um Priems Unterstützung durch Polizei und Justiz endlich zu

tatsächlich breites Spektrum von Aktionen angeboten wurde - allerdings keine Demo vor einer Nazi-Wohnung.

Ebenfalls eine etwas andere Orientierung, als im Berliner Flugblatt dokumentiert, verfolgten die AntifaschistInnen der "Antifaschistischen Aktion 94 Westsachsen". In einem Aufruf zu einer Demonstration in Crimmitschau heißt es:

"Wir wollen eine Demonstration durchführen, bei der alle Gruppen und Menschen in der Form demonstrieren können, die ihrem politischen Selbstverständnis entspricht. Daher ist für uns ein klares, im Vorfeld der Demo bekanntes, gemeinsames Konzept eine wichtige Voraussetzung. Um die oben genannten Ziele umzusetzen, sollte unserer Meinung nach der Demozug an der eingangs erwähnten Spielothek "Vegas" in der Jakobsstraße als auch an den beiden Häusern in der Hohlstr. vorbeiführen, da beides Zentren der Fascho-Aktivitäten in C. und der Region darstellen. Dabei muß klar sein, daß aus der Demo **keine direkten Angriffe** auf diese Objekte erfolgen. Wir wollen an diesem Tag Zeichen setzen und den Faschisten in vielen Städten und Regionen entschlossen entgegenreten - ihnen unmißverständlich klar machen, daß es, egal wo, für sie kein "ruhiges Hinterland" gibt. Was wir nicht wollen, ist eine sinnlose Straßenschlacht mit der Polizei (die sicher zahlreich vertreten sein wird). Das bedeutet natürlich auch, daß aus der Demo heraus keine Aktionen gegen die Polizei erfolgen, solange diese sich der Demo gegenüber korrekt verhält. **Wir fordern die Polizei daher auf, jegliche Provokation zu unterlassen!**"

Es könnte nun sicher gefragt werden, was möglicherweise eine sinnvolle "Straßenschlacht mit der Polizei" wäre, aber das sei mal dahingestellt.



Demo gegen Norbert Weidner in Bonn am 13.8.

Widerstands. Nachdem Priem in den genannten Berliner Jugendclubs von staatlicher Seite unterstützt arbeiten konnte, griffen militante AntifaschistInnen zur Selbsthilfe und brannten die Nazi-Treffs schlicht und einfach ab - natürlich ohne eine Gefährdung Unbeteiligter. Auch Priems Auto (aktuelles Kennzeichen: noch immer B-AP 3636) wurde schon mehrfach eingeschmolzen. Die "Antifaschistische Kolonne Hannie Schaft" erklärte dazu in einem BekennerInnen-schreiben: "In einer Zeit, in der die ganze Gesellschaft weit

beenden."

So oder ähnlich klangen die Aufrufe auch in anderen Städten: Aktionen waren u.a. geplant gegen die "Wohnungen" von Nazi-Funktionären wie Norbert Weidner (Bonn), Markus Prive-nau (Bremen), Michael Kunz-mann (Delmenhorst), Thorsten Heise (Northeim), Jürgen Rieger (Hamburg) u.a.

Von dieser Hauptorientierung unterschied sich allerdings z.B. die Aktion in Frankfurt, wo mit zahlreichen Filmveranstaltungen, Info-Veranstaltungen, Soli-Festen und -Konzerten ein

Wichtiger ist, daß innerhalb der "Aktion 94" vermutlich doch kein so klares "Konzept" bestand, was denn nun "Die faschistischen Strukturen angreifen" tatsächlich bedeutet.

Kritik an der politischen Orientierung der Aktion 94

Richtig und sehr nachvollziehbar ist der Wunsch, von der "Reaktion" (der früheren Aktionen gegen die Heß-Gedenkmärsche, aber auch zahlreicher sonstiger Antifa-Aktivitäten) wegzukommen und zur "antifaschistischen Aktion" überzugehen.

Eine Illusion über die Möglichkeit, von der "Reaktion" wegzukommen, ist aber der Versuch, das alte autonome Antifa-Konzept (Aktion ! Kampagne!) nicht wirklich zu ändern, sondern nur in "moderne", "massenwirksamere" Form zu verpacken.

Das ehrenvolle Ziel, durch die "Aktion" die "Wurzeln des Faschismus" direkt "anzugreifen", ist zwar abstrakt formuliert zu treffend, wenn darunter allerdings verstanden wird, die Hauptfunktionäre anzugreifen und politisch "lahmzulegen", dann sind wir zweifellos nicht bei den "Wurzeln", sondern bei einigen stinkenden Wucherungen eines Systems, das nach wie vor "Kapitalismus" genannt werden darf. Dessen "Wurzeln" sind nun gerade nicht die Herren Weidner, Priem, Rieger und Worch.

Wollten wir mit den gleichen Methoden den Kapitalismus "angreifen", müßten wir einzelne Privatpersonen des Kapitals in ihren Häusern aufsuchen (oder in ihren Fabriken, aber da sind sie meistens nicht ? !) und ihnen "das Handwerk legen".

Die "Wurzeln des Faschismus" bekämpfen heißt, auf breiterer Ebene politischen Widerstand zu organisieren. Hier auf soll

aber an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Weiterer Kritikpunkt: Die Verwischung von bzw. unpräzise Orientierung auf legale und illegale Aktion zur gleichen Zeit. Wenn, wie in Berlin, das Abbrennen von Nazi-Quartieren als eine der Aktionen in der phantasievollen "Vielfalt" antifaschistischer Aktion vorgestellt wird oder die mehrfache "Einschmelzung" des Priemischen Autos als Beispiel genannt wird, dann kann eine solche Orientierung nicht ernsthaft auf die Gewinnung breiterer Bevölkerungskreise zielen, wie es in zahlreichen Begründungen für die "Aktion 94" heißt.

Die faschistischen Zentren "angreifen" oder an den Wohnungen der Nazifunktionäre "vorbedemonstrieren" ?

Legale Demonstrationen und gleichzeitiger Aufruf zu (bzw. wie in Westsachsen ausdrücklich die Ablehnung von) militantem "Angriff". Ja, was denn nun ?

Dritter Kritikpunkt: die fatale Widersprüchlichkeit der Einschätzungen über Stärke, Grad der Faschisierung von Staat, Justiz und Polizei sowie konkretes Agieren der Polizeikräfte.

Einerseits wird in diesem Jahr mit einer erneuten massiven

Zusammenrottung der Faschisten und deren Duldung bzw. Unterstützung durch Staat und Polizei gerechnet, andererseits wird in fast fröhlichem Jagdeifer dazu aufgerufen, die "faschistischen Strukturen anzugreifen" - der Polizei wird gleichzeitig zugerufen, sie möge jegliche Provokation vermeiden und die friedlichen Demonstrationen zu den Naziwohnungen nicht verhindern.

Ist das etwa ernst gemeint ?

Das war dann doch klar, daß massive Polizeiaufgebote vor den Wohnungen und Zentren aufmarschieren würde. Wie mobilisierend und wie oft möglich sind solche "Angriffe" ?

Und wie sind in diesem Zusammenhang solche Formulierungen gemeint, die allen an den Demos teilnehmenden Spektren das Recht auf eigenständige Aktionsformen ausdrücklich zubilligt, gleichzeitig aber dazu aufruft, keinerlei Gewaltaktionen gegen Faschisten und Polizei aus der Demonstration heraus durchzuführen ?

Es besteht also noch reichlich Klärungsbedarf.

Setzen wir die antifaschistische Debatte in breiterem Maße fort als bisher !

WT

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
umweltfreundlicher Energiesysteme
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

Für Warmwasser
und Stomerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

STREICHT DIE FASCHISTEN VON DEN LISTEN - EINE PROTESTAKTION VOR DEM HERNER RATHAUS

Am 18. August protestierten - wie auch in anderen Städten - AntifaschistInnen aus verschiedenen Organisationen unter dem Motto: "Streich die Faschisten von den Listen" vor dem Herner Rathaus gegen die dort durch den Kreiswahlausschuß durchgeführte Zulassung der Neonazipartei "Die Republikaner" zu den bevorstehenden Bundestagswahlen.

Zwar ist rechtlich zutreffend, daß die Zulassung der REP schon vom Bundeswahlausschuß gebilligt worden war, aber die Forderung nach einer politischen Ablehnung ihrer Zulassung durch Kreis- und Kommunalwahlausschüsse ist dennoch richtig und politisch sinnvoll.

In Herne versammelten sich ca. 70 Menschen zur Protestkundgebung.

Folgenden Bericht erhielten wir von Verena, Mitglied in der AFB-Gruppe Wanne-Eickel:

Tja, so ist das halt in diesem unserem Lande. Da schaffen es doch tatsächlich so ein paar Hirnsterile wie Schönhuber und seine Gefolgschaft, ihre Forderungen im REP-Grundsatzprogramm so mit rhetorischer Kosmetik zu bestücken, daß der Verfassungsschutz als "Frühwarnsystem (ha, ha) für das Aufkommen extremistischer Bestrebungen" nicht mal in der Lage ist, konkrete Anhalt-

spunkte dafür zu finden, die Republikaner als rechtsextrem einzustufen.

Das hätte nämlich zur Folge, wie bei der DVU, daß sie verfassungsrechtlich beobachtet und sogar verboten werden könnten. Dabei unterscheidet sich die Zielsetzung der "Republikaner" höchstens im Tonfall von der Programmatik von NPD und DVU. Die "Republikaner" lehnen ebenfalls Parteienpluralismus ab, machen Demokratie verächtlich, wollen den Einfluß von Gewerkschaften und Verbänden einschränken, das heißt Tarifautonomie ganz abschaffen, lehnen die Gleichberechtigung der Frau ab, da ihr Platz halt hinter dem Herd, hinter dem Bügelbrett und am Kinderbettchen ist, und verharmlosen die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Holocaust.

Schönhuber selber meinte ja mal, es sei ihm wirklich egal, ob es sechs, fünf, drei Millionen oder auch nur ein Jude war, der im Holocaust umkam, und die Juden, die heute noch leben, seien es im Prinzip selbst schuld, wenn

sie noch immer Judenhaß zu spüren bekämen, da sie ja immer auf einer Aufarbeitung der Geschichte beständen.

Das verstehe, wer will.

Zum Thema AusländerInnen haben wir eine Sklavenhaltermentalität. Schönhuber hat schon erkannt, daß es ökonomisch äußerst sinnvoll ist, ausländische ArbeitnehmerInnen zu beschäftigen, daher plädiert er für eine Entrechtungsstrategie, nach der jedem Ausländer das Aufenthaltsrecht entzogen werden kann, wenn es ökonomisch oder politisch angemessen erscheint. AsylbewerberInnen und andere "ungebetene Gäste" sind für ihn gar kein Thema. Er hätte am liebsten Schnellgerichte an den Grenzen, wo AsylbewerberInnen gleich wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden können.

Wie war das noch gleich mit Artikel 1 des Grundgesetzes?

Außerdem heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes unter "Weitergeltung der Entnazifizierungsvorschriften": "Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom

Anzeige

KÜCHE AUS 100% NACHT GENIEßEN

KOKILLE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntag
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften (damit sind die alliierten "Kontrollratsgesetze" gemeint, die allerdings heutzutage von den meisten Juristen als "obsolet", nicht mehr gültig, betrachtet werden - d.R.) werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Das heißt, die Wiederpropagierung von Naziparolen, -emblem, -größen etc. bleibt verboten. Weiß ja jede/r.

Aber ist es denn was anderes, wenn der Holocaust geleugnet oder verharmlost, weiterhin Antisemitismus betrieben oder die Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg relativiert wird? Wenn außerdem ein recht großer Anteil der maßgeblichen Stelle stehenden REP-Funktionäre eine rechtsextremistische bzw. neonazistische Organisationskarriere hinter sich hat?

Meiner Meinung nach pennt der Verfassungsschutz hier einfach, oder es paßt ihm ganz gut in den Kram.

Ein Referatsleiter im Kölner Bundeseamt bestätigte in einer Analyse:

- Der Verdacht, daß die Republikaner Bestrebungen haben, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu stören, sei gegeben,
- die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes, eben dies zu verhindern, sei nicht ausreichend wahrgenommen worden,
- eine vergleichbare Entwicklung im linksextremistischen Spektrum hätte zweifellos schon zur nachrichtendienstlichen Beobachtung geführt,

- alle Untersuchungen belegten, daß die Republikaner im Kern auf die Herabsetzung und Verächtlichmachung der Verfassungsordnung abzielten,

- jede weitere Etablierung und parlamentarische Verankerung der Republikaner erschwere tendenziell die notwendige Entscheidung (die jedoch aufs Jahresende vertagt wurde. Allein NRW entschied sich Ende September 1993 im Alleingang für die nachrichtendienstliche Auspähung der Schönhuber-Partei).

Die Aktion in Herne

Am 19. August 1994 standen wir also vor dem Herner Rathaus und protestierten gegen eine Wahlzulassung der Direktkandidaten der Republikaner zu den Bundestagswahlen.

Leider waren kaum Herner BürgerInnen anwesend, für die das oben Gesagte wohl ziemlich neu gewesen wäre. Zu 95 % versammelten sich nämlich solche vor dem Rathaus, denen die

Forderungen und Hetzkampagnen der Republikaner bekannt und die die ganze Protestaktion irgendwie mitorganisiert hatten.

Auf der Sitzung des Kreiswahlausschusses wurden alle Wahlvorschläge, einschließlich REP, gebilligt.

Im Grunde, so erklärte Oberstadtdirektor Dr. Kirchhoff, wäre ein Veto nur denkbar gewesen, wenn die Vorschläge aus formalen Gründen gegen das Bundeswahlgesetz verstoßen hätten. In der Bundesrepublik dürfen Neonazis also zur Wahl antreten, nur weil sie es irgendwie geschafft haben, nicht gegen das Bundeswahlgesetz zu verstoßen.

Wenn sie wirklich ins Parlament kommen, können sie ihre Hetze sogar noch mit staatlichen Geldern und unter staatlichem Schutz betreiben.

Irgendwie will das nicht in meinen Kopf rein.

Verena (AFB Wanne-Eickel)

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch



SUPERWAHLJAHR 1994

SPD gegen CDU - WER GEWINNT?

(III)

SPD und CDU sind in die "heiße" Phase des Wahlkampfes eingetreten. Großkundgebungen mit Kohl und Scharping sollen dem "Wahlvolk" zeigen, daß sie es ernst meinen mit dem "Kampf".

Wie kaum anders zu erwarten, verschärfte die CDU die Gangart, setzt völlig auf die Konfrontation: Diese SPD, die bereit sei, sich mit Hilfe der "rotlackierten Faschisten" (O-Ton Kohl) von der PDS wählen zu lassen, hätte den "demokratischen Konsens dieser Republik" verlassen.

Die SPD ist - wie kaum anders zu erwarten - nicht in der Lage und nicht willens, diesem Kurs eine klare Antwort zu geben.

Die Wahlstrategie der CDU

Schon seit Monaten ist klar, daß die CDU/CSU, inzwischen auch damit völlig im Einklang die FDP, in der seit den Zeiten Adenauers schärfsten Form die Konfrontation sucht:

Die "Volksfront", auch als "Linksfront" unters "Volk" gebracht, wird als der "innere Feind" gebrandmarkt. Zu Adenauers Zeiten als die "rote Gefahr", als das "Schreckgespenst des Bolschewismus" bezeichnet, wird in diesem Jahr in ähnlich scharfer Form ein "gespenstisches" Szenario entfaltet.

Wer ist nun dieser "innere Feind"?

Nimmt man die "Wahlaussagen" der Kohl und Schäuble ernst, sind inzwischen SPD, Grüne/Bündnis 90 und die PDS eine unheilige Koalition eingegangen und haben den Boden der "Demokratie" verlassen.

Angesichts der Tatsache, daß selten Parteien in derartiger Eindeutigkeit wie die genannten Parteien sich auf das Grundgesetz berufen, ist diese Behauptung schon mehr als nur Wahlkampfpolemik.

Zwar ist unter den genannten Parteien die SPD diejenige, die jede von der CDU gewünschte und durchgesetzte Grundgesetzänderung mitgetragen hat und auch in Zukunft mitträgt, aber diese Art von Grundgesetzverletzung fällt nicht unter die CDU-Vorwürfe.

Wie denn auch, wenn es in Wirklichkeit gerade die CDU ist, die seit langem "den Boden des (früheren) Grundgesetzes verlassen hat, indem sie die Abschaffung des Asylrechts durchsetzte, indem sie die Verpflichtung abschaffte, daß deutsche Soldaten nur "zur Verteidigung" der Bundesrepublik eingesetzt werden dürfen (immerhin ist der Artikel 87 a GG auch heute noch gültig, der da lautet: "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf"), indem sie (die SPD genauso !) seit Jahren den Artikel 139, der jegliche Wiederbelebung nationalsozialistischer Propaganda und Organisierung verbietet, schlicht für "obsolet" (veraltet) erklärt und in unschöner Regelmäßigkeit die Wahlzulassung faschistischer Parteien und Organisationen ermöglicht.

Wenn angesichts der (angekündigten) Zusammenarbeit von REP und DVU plötzlich Kanther schrille Töne gegen die REP ausstößt, so nur, damit man sagen kann, man sei "auf dem rechten Auge nicht blind". Nach der Wahl sind solche Töne schnellstens vergessen ! Inzwischen ruft die DVU zur Wahl von CDU/CSU auf, und das macht auch durchaus Sinn.

CDU/CSU sind also in Wirklichkeit die "Verfassungsfeinde", sie arbeiten mit der gleichen plumpen Methode wie Schönhuber und andere Faschisten, die ihren Gegnern, welche wie Ignaz Bubis mutig gegen das Erstarken faschistischer Kräfte auftreten, den Vorwurf der "Volksverhetzung" machen.

Aber die Strategie der CDU/CSU beinhaltet weit aus mehr als das schlichte Motto des Diebes, der "Haltet den Dieb!" ruft.

Eines ihrer konkreten Ziele ist die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten gegeneinander. Selbstverständlich neigt der größte Teil der SPD- und CDU-Wähler zur Zeit keineswegs undemokratischen Gesellschaftsmodellen zu.

Was die CDU/CSU aber will, ist die Polarisierung in größtem Umfang: Auf der einen Seite, unter Kohls Führung, die wahren Deutschen, die

treuen "Demokraten", deren Konsens darin besteht, nach Möglichkeit die "Ausländerfrage" gründlich zu lösen, weiteren Sozialabbau gegen weitaus mehr als nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung offensiv durchzusetzen und insgesamt die Regierten dazu zu bringen, auf eigene demokratische Initiative zu verzichten und alles dem "starken Staat" zu überlassen.

Auf der anderen Seite die "Linksfront", die die Grundlagen dieses Staates zerstört (wenn sie beispielsweise gegen Faschismus und Rassismus auftritt, wie die PDS), die den "demokratischen Konsens" verläßt (wenn sie beispielsweise gegen die weitere Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen auftritt, wie die SPD), die die wirtschaftliche Stärke "unserer" Wirtschaft, den "Standort Deutschland" infrage stellt (beispielsweise durch unnötige ökologische Investitionen, wie sie von Grünen/Bündnis 90 gefordert werden).

Wo liegen die Gründe für diese CDU-Strategie? Geht es ihnen tatsächlich nur darum, in der "Regierungsverantwortung" zu bleiben?

Wie entwickeln sich Wirtschaft und die soziale Situation in Deutschland?

Die Wahlkampfstrategie der CDU/CSU ist wohl eher ein Reflex auf die weitere Verelendung großer Bevölkerungsteile, insbesondere im Osten, die auch durch den kurzen "Aufschwung" in diesem und im kommenden Jahr nicht aufgefangen wird.

Zwar konnten und können die deutschen Konzerne kurzfristig durch das "Plattmachen" der Ökonomie der ehemaligen DDR die wirtschaftliche Krise eine Zeitlang mildern, was aber nur bedeutet, daß die Profite der Konzerne in für sie akzeptablen Größenordnungen liegen, aber an der sozialen Verelendung großer Bevölkerungsteile ändert das gar nichts - im Gegenteil.

1993/94 erreichte die Arbeitslosigkeit mit 2,5 Millionen registrierten Erwerbslosen in den alten Bundesländern eine Rekordhöhe. Derzeit rechnen die Wirtschaftsinstitute für das kommende Jahr mit einem weiteren Anstieg: Für 1995 rechnet man mit einer Zahl von 2,6 Millionen Erwerbslosen in Westdeutschland. In den neuen Bundesländern soll es -trotz eines erheblichen Wirtschaftswachstums - bei den 1994 registrierten 1,2 Millionen Erwerbslosen bleiben. Im Jahresdurchschnitt und für Gesamtdeutschland werden 1995 3,8 Millionen Erwerbslose erwartet. Und das sind nur die OFFIZIELLEN Zahlen!

Ohne die wirtschaftliche Gesamtentwicklung weiter analysieren zu wollen, kann dennoch schon jetzt als Fazit gelten:

- Die Erwerbslosigkeit steigt auf neue Rekordwerte
- die Krise im Osten wird weiter fortauern
- die Umverteilung von unten nach oben wird fortgesetzt
- weitere Entsolidarisierung in der Bevölkerung ist die Folge
- mit dem ungezügelter Sozialabbau (das Wort, das die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) für 1993 als Wort des Jahres ermittelte) einher geht eine aggressivere Außen- und Militärpolitik.

Von dieser Gesamtentwicklung möglichst abzuwenden, die Betroffenen nach Möglichkeit weitgehend gegeneinander zu mobilisieren, das ist m.E. der tiefere Grund für die Wahlkampfstrategie von CDU/CSU.

Was tut die SPD?

Wie zu erwarten, war und ist die SPD (unter Scharping) nicht in der Lage und nicht willens, dem Konfrontationskurs der CDU Nennenswertes entgegenzusetzen: Scharping läuft wie ein Hase von einem Dementi zum nächsten: Er lehnt jegliche "Tolerierung" durch die PDS ab. Ja, wer zweifelt denn daran?

Er ist strikt "gegen eine große Koalition". Nun, daran ist schon eher zu zweifeln, diese prinzipienfeste Aussage ist wohl eher Zeichen von Scharpings Schwäche und der Tatsache geschuldet, daß sein jetzt ins Schattenkabinett aufgenommener Kontrahent Schröder zumindest in einigen Punkten Scharpings Kurs diktiert.

Er lehnt eine Koalition mit den Grünen/Bündnis 90 zwar nicht ausdrücklich ab, allerdings wäre ein klarer "Rot-Grün-Kurs" nur konsequent möglich, wenn er eine gleichzeitige, zumindest partielle, Einbeziehung der PDS als ebenfalls möglichen Koalitionspartner zumindest zur Diskussion stellte.

Zu all dem kann sich die SPD nicht aufrufen. Stattdessen hält sie an Scharpings Kurs fest, der CDU die ominöse Mitte abspenstig zu machen, in allen wesentlichen Punkten dem strammen Marsch der CDU in die rechte Ecke zu folgen, sich der Hetzkampagne gegen die "roten Socken" der PDS anzuschließen und jegliche Politik abzulehnen, die auch nur ansatzweise soziale Reformen in Erwägung zieht.

So, und diese Voraussage ist nicht allzu kühn, wird die SPD nur dazu beitragen, daß CDU/CSU als klare Sieger aus dem Bundestagswahlkampf hervorgehen!

Die Feinderklärung gegen die "roten Socken"

Seit den Wahlen in Sachsen-Anhalt und der neuen, mit Stimmen der PDS gewählten "rot-grünen" Koalition konnten CDU/CSU den Wahlkampf unter ihre Kontrolle und ihre Themenstellung bringen. Das Ziel ist jetzt klar: Die PDS ist der "innere Feind", die Akzeptanz, die die PDS durch ihre Politik unter breiten Teilen zumindest der ostdeutschen Bevölkerung errungen hat, soll untergraben werden.

Doch das heißt de facto, der entstehende soziale Widerstand, die entstehende Solidarisierung unter den Opfern der Kahlschlagspolitik, soll gebrochen werden.

Die institutionellen Verankerungen und Organisationsansätze der Partei sollen zerschlagen werden. Mit dem "Kompromiß" zur finanziellen Enteignung sollen die politischen Aktionsmöglichkeiten der PDS weitgehend beseitigt werden. Mit der aktuellen Kampagne gegen die "Kommunistische Plattform" innerhalb der PDS soll der "Stein ins Rollen" gebracht werden.

Klar ist, daß der Angriff auf die PDS gegen die gesamte "Restlinke" zielt. Auch wenn sozialistische oder revolutionäre Zielsetzungen zur Zeit kaum Konjunktur haben, scheinen die Herrschenden nach wie vor "die Linke" zu fürchten wie der Teufel das Weihwasser, einzig aus dem Grunde, weil sie die einzige gesellschaftliche Kraft ist, die dem sozialen Widerstand Hilfe und Sprachrohr ist.

Ausblick:

Soll hier nur noch in aller Kürze erfolgen:

Der Kurs auf eine erneute CDU/CSU-FDP-Koalition ist klar abgesteckt. Nichts, aber auch gar nichts, berechtigt zur Zeit zu der Hoffnung, daß eine "rot-grüne" Koalition die Wahlen gewinnt. Und wenn denn die FDP rausflöge, stände aller Wahrscheinlichkeit nach eine große Koalition ins Haus...

Stephan W. Born (AFB)

Grauzone

Café und Kneipe

Oerweg 53, 45657 Recklinghausen

Tel.: 02361 - 27504

Mo. - Sa. ab 19.00 Uhr

**Jeden Sonntag großes
Frühstücksbüffet
von 10.00 bis 14.00 Uhr
und ab 18.00 Uhr**

10. 9. Ate Hands for Brains

- Hardcore -

17.9. Twisted Minds

- Independent -

24. 9. Swimming the Nile

**- Independent -
Aus Berlin**

1.10. Fridays Edition

- Coverversionen -

8.10. Raimers Night Flight

Disco

13.10. GUM

**- Crossover -
Promotionigig
der Sony Music**

PRESSEERKLÄRUNG

UNVERTRÄGLICHKEITEN BEIM ESSEN IM BOCHUMER FLÜCHTLINGSLAGER LEWACKERSTRASSE (JULI 1994)

- Mängel, Mißstände, Hintergründe -

Am **13. Juli 1994** mußte eine Flüchtlingsfrau aus dem Frauentreff ins Krankenhaus gebracht werden wegen des Verdachts einer Beinverletzung, die sie sich während des Schwimmens im Südbad/ Linden zugezogen hatte. Bevor noch geröntgt wurde, erbrach die Frau. Es stellte sich allmählich heraus, daß sie in der letzten Zeit schon häufiger erbrechen mußte und vor Schwäche deshalb zusammenbrach. Nach einer Behandlung mit Infusionen wurde die Frau entlassen, erbrach aber immer wieder.

Durch eine Krankenschwester, die im St. Josefs-Hospital arbeitet, erfuhren der Internationale Frauentreff und TERRE DES FEMMES (TdF) am 14.7.94, daß mittlerweile mehrere Menschen im Flüchtlingslager

Lewackerstraße an Magen und Darm erkrankt sind. Ein paar Tage später, als man sich nochmals rückversicherte, sprach sie sogar von einer "Epidemie".

Schon am **26. Januar 1994**, am Tag der offenen Tür für Flüchtlinge, beschwerten sich Flüchtlinge über die Essenspakete in der Lewackerstraße (zu wenig, keine Berücksichtigung nationaler/kultureller Gewohnheiten, Unverträglichkeiten z.B. mit Milch, kein Backofen zur Zubereitung einheimischer Mahlzeiten; zusätzlich: Keine Bus- und Telefonverbindungen, keine Sport-/Freizeitmöglichkeiten, bis dahin keine Kinderbeschäftigung, DolmetscherInnen fehlen...). Deutschen BesucherInnen und Menschen und VertreterInnen deutscher Flüchtlingsinitiativen und Asyl-Arbeitskreise

waren diese Mißstände schon seit längerer Zeit bekannt. Die Essenspakete werden von der AWO zusammengestellt.

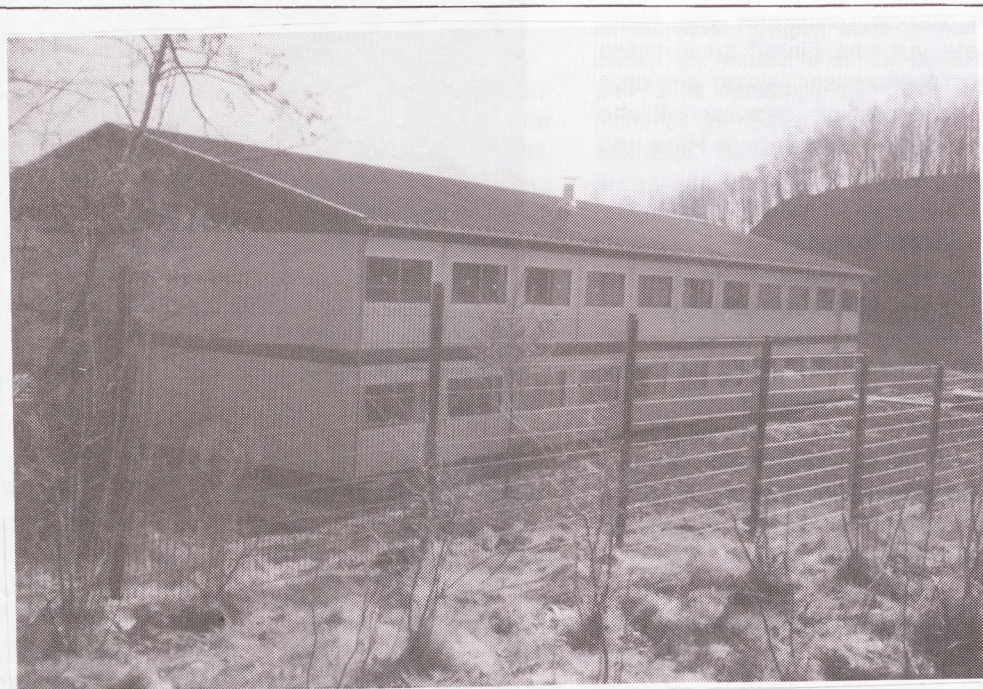
Die aufgeführten und vorgebrachten Probleme wurden jedoch als "Anfangs-/Anlaufsschwierigkeiten" des neu bezogenen Flüchtlingslagers interpretiert und auf "Abhilfe" verwiesen. Kontinuierliche Nachfragen von Außenstehenden wurden diesbezüglich nicht weiterverfolgt.

Im **April 1994** beschwerte sich eine kurdische Familie erneut über die Essenspakete: frisches Gemüse fehlte; stattdessen gab es zuviel Abgepacktes in Plastik (z.B. Frischkäse, Marmelade etc.).

Jetzt im Sommer häufen sich erneut Beschwerden von Flüchtlingen in bezug auf das Essen. Die Beschwerden wurden erst dadurch veranlaßt, daß mittlerweile viele Flüchtlinge ernsthaft erkrankten.

Beispiele der Ernährung:

22.7.94: Ein arabischer Flüchtling erklärte, daß 2x die Woche Essensrationen von der AWO ausgeliefert werden. Das Fleisch wird kaum gekühlt an die Flüchtlinge verteilt. Am Freitag erhielten Flüchtlinge



Das Flüchtlingslager an der Lewackerstraße in Bochum-Dahlhausen.

(c) TAS 2/94

eine labbrige Plastiktüte mit viel fettigem Geflügelfleisch. Das Fleisch von den 3 Tagen zuvor war ebenso labberig und lag noch im Kühlschrank. Der Flüchtling ißt dieses Fleisch nicht. Er gab es weiter, damit andere Leute sich selbst einen Eindruck machen können.

22.7.94: Ein afrikanischer Flüchtling erklärte, daß er aufgrund der Essenspakete sich eine Gastritis zugezogen hat. Die Gastritis ist ärztlich attestiert; der Flüchtling soll spezielle Nahrung erhalten. Am Freitag kam ein Vertreter der Nahrungsmittelausgabe und erklärte dem Flüchtling, daß sein ärztlich verordneter Ernährungsplan nicht eingehalten werden konnte ("war nicht machbar").

25.7.94: Mehrere kurdische Frauen müssen zum Arzt wegen Magen-Darm-Erkrankungen (eine Ambulanz mußte in der vergangenen Woche gerufen werden). Ein behandelnder Arzt hatte herausgefunden, daß in dem Flüchtlingslager zu wenig getrunken wird.

Bspw. erhalten Flüchtlinge pro Person 2 Liter Mineralwasser in der Woche.

Hinzu kommen:

dienstags: 2 Liter Apfelsaft, 1 Liter Milch und freitags: 1 Liter Saft, 1 Liter Milch.

25.7.94: Bosnische Frauen bemängeln die einseitige und schlechte Ernährung. Das Geflügel ist labberig und zu fettig; Essen variiert kaum; es gibt zu wenig zu trinken (Milch wird vertragen; ständig Apfelsaft wird nicht akzeptiert).

Der Arzt verordnete den kurdischen Frauen, täglich 3 Liter Mineralwasser zu trinken; das Sozialamt weigert sich jedoch schon seit langem, diesen Bitten nachzukommen. Stattdessen meinen seine Vertreter, daß die Flüchtlinge ihr Flüssigkeitskontingent durch Kaffee/(Früchte)Tees auffüllen können (nach Aussagen des Sozialarbeiters "vor Ort", AWO).

1) Kurdische Flüchtlinge aus der Türkei trinken keinen Kaffee und keine Früchtetees. Milch verursacht bei ihnen schwere Magen-Darm-Probleme

2) Magen-Darm-Probleme durch Milch auch bei Flüchtlingen aus Afrika

3) Auch durch Tee/Kaffee aufgefüllte Flüssigkeitskontingente erreichen nicht das angegebene Flüssigkeitsminimum. Auch bosnische Flüchtlinge bemängeln die Flüssigkeitsreduktion.

Zusätzliche Mängel sind:

- fehlendes Gemüse (entsprechend kulturellen Gewohnheiten)

- fehlendes Obst (entsprechend kulturellen Gewohnheiten)

- Ungleichverteilung bei Essenspaketen (es fehlt etwas, obwohl es angegeben wurde; "vergessen")

- angetautes Fleisch (Salmonellengefahr)

Sowohl kurdische, bosnische, afrikanische und arabische Flüchtlinge brachten alle gleiche Mängel vor (Variation in Abhängigkeit zur kulturellen Gewohnheit).

Schon mehrfach haben in der Vergangenheit Flüchtlinge ihren Protest gegen diese Vergabemodi geäußert (beim Sozialamt, beim Heimleiter Herrn Winkelmann, beim Sozialarbeiter). Proteste ändern jedoch kaum etwas an der Situation. Bosnische Flüchtlinge äußerten zusätzlich Ängste vor einer Zwangsverlegung in die Hiltroper Straße, wenn sie zu viel Kritik äußern würden (dort gibt es Essen in "Staniolpapier").

Des weiteren wurde erneut vorgebracht, daß sich **immer noch keine Telefonzellen** im Nahbereich befinden, um z.B. im Notfall selbst eine Ambulanz zu besorgen (auswärtige Freunde zu benachrichtigen ...).

Angesprochen auf die Essensproblematik äußerte der im Lager Lewackerstraße beschäftigte Sozialarbeiter: Das Essen ist nicht das einzige Problem "vor

Ort"; es sei auch nicht immer als schlecht zu bezeichnen. Er sage dies nicht, weil die AWO (Essenspaketeherstellung) sein Arbeitgeber sei; das Essen sei für ca. 4 Wochen "verträglich" - länger aber nicht. Das tiefergehende Problem sei ein politisches (Abschreckung).

Den Flüchtlingen riet er:

- sofortige Kritik bei der Essensverteilung

- ggf. sofortigen Umtausch

- Erstellung von Essenslisten (gemäß kulturellen Gewohnheiten)

- Anforderung von Attesten durch Ärzte bei Auftreten von Magen-Darm-Erkrankungen

Die Flüchtlinge unterschiedlicher kultureller Herkunft dagegen erhoben am 25.7.94 erneut als Forderung die **Umstellung der Essenspakete auf Bargeldauszahlung.**

Gemäß dem Asylbewerber(innen)leistungsgesetz erhalten Flüchtlinge in der Lewackerstraße z.Zt. ein monatliches Taschengeld von 80 DM pro ErwachseneR. Damit sollen zusätzliche "Bedürfnisse" sichergestellt werden (Kino, Zigaretten ...). **Z.Zt. geben jedoch die meisten Flüchtlinge diese 80,-DM für zusätzliches Essen aus** (Wasser, Gemüse, Obst usw.), das sie gemeinsam zubereiten. **Der Zweck dieses "Taschengeldes" wird durch die kommunale Essenversorgung vorsätzlich untergraben** (Behörden wissen über Kritik seit längerem Bescheid). Diesem Mißstand muß in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Am 28. Juli 1994 mußten Flüchtlinge der Lewackerstraße ihre Gebäude räumen. In der Zeit zwischen 11 und 16 Uhr wurden die Zimmer desinfiziert aufgrund von Kakerlaken. Den Flüchtlingen - nahezu **200 Menschen, knapp die Hälfte davon Kinder** - wurde in dieser Zeit keine andere Unterkunft angeboten. Sie mußten während der

heißen Mittagssonne (hohe Ozonwerte) im Freien herumspazieren. Zusätzlich ist eine Ablüftung der Giftstoffe während der jetzigen Jahreszeit nicht gegeben.

Vorschläge zur Änderung - **Solidarität, statt Zuschauen**

Flüchtlingsinitiativen in verschiedenen Kommunen sind mittlerweile dazu übergegangen, sich mit den Forderungen von Flüchtlingen zu solidarisieren und die Politik der Asyl- und Sozialbehörden zu kritisieren. Dazu sind eine Reihe von (überregionalen) solidarischen Unterstützungsinitiativen entstanden, die sich auf der **praktischen** Ebene bewegen (Gutscheinumtausch, Essen dem Sozialamt vorbei/zurückbringen ...). Vernetzungsprojekte bestehen schon seit langem (z.B. über die Arbeitskreise der Ev. Kirchen). Selbstverständlich ist ein naher Kontakt zu Flüchtlingen notwendig, d.h. kein Handeln über ihre Köpfe hinweg.

Derzeit entstanden nahe Kontakte mit Flüchtlingen aus dem Lager an der Lewackerstraße - sowohl mit Frauen als auch Männern - durch den internationalen Frauentreff und TERRE DES FEMMES. Unsere Kontakte entsprangen dem gegenseitigen Bedürfnis nach kontinuierlichem interkulturellen Austausch und gegenseitigem Kennenlernen (Besuche, Begleitung zu Sozial- und Asylbehörden, Krankenbesuche, Versorgung mit Babykleidung, Zuhören ...).

Aufgrund der Ernährungsproblematik (Essen und Trinken) in dem Flüchtlingslager Lewackerstraße scheint jedoch mittlerweile die **Einschaltung der Presse** unumgänglich.

29. Juli 1994

TdF-Städtegruppe Bochum und Internationaler Frauentreff
Im Frühjahr d.J. ließ frühmorgens die Heimleitung das **Flüchtlingswohnheim** in

Begasungen in Flüchtlingsunterkünften

Seit geraumer Zeit finden in Flüchtlingswohnheimen des Ruhrgebiets sogenannte Begasungsaktionen statt. Ziel dieser Aktionen ist es, der vermehrten Kakerlakenplage in den Räumen der Unterkünfte den Garaus zu machen (s.a. vorhergehende Presseerklärung). In plötzlichen Nacht- und Nebelaktionen kommen Vertreter der Sozialämter und jagen die Flüchtlinge aus ihren Räumen. Für die Zeit der Begasungen wurden keine zusätzlichen Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Zusätzlich besteht der Verdacht, daß die angesichts des eingesetzten Giftes notwendige Durchlüftungszeit der Räume nicht beachtet wird. Darüber hinaus wurden die in den Flüchtlingsunterkünften lebenden Menschen über die verwendeten Gifte nicht aufgeklärt.

Bochum-Linden am Poter räumen. Den Menschen in dem heruntergekommenen alten Schulgebäude war erst kurzfristig mitgeteilt worden, daß eine Desinfektion gegen Ungeziefer durchgeführt werden müsse. Von morgens bis abends standen sie dann - unter ihnen zahlreiche alte Leute und Kleinkinder - in der nassen Kälte oder suchten Schutz in nahegelegenen Kaufhäusern. Auch die angrenzende evangelische Kirchengemeinde wurde von der plötzlichen Aktion nicht unterrichtet. Andernfalls hätte sie sich bereit erklärt, den Nachbarinnen und Nachbarn in den nahegelegenen Gemeinderäumen Unterkunft zu gewähren.

Während der Mittagszeit am 28.7. mußten die Menschen im Flüchtlingslager an der **Lewackerstraße** in **Bochum-Dahlhausen** ihre Zimmer räumen. Die Temperaturen waren in dieser Woche weit über dreißig Grad angestiegen, doch bis 16 Uhr mußten auch hier alte Menschen und Mütter mit ihren Kleinkindern in der heißen Mittagssonne ausharren, bis sie nach fünf Stunden wieder in ihre Zimmer durften. Auch hier hätte ein angrenzender

Stadtteilladen, wenn Kooperation stattgefunden hätte, seine Räume als Aufenthaltsort zur Verfügung stellen können.

Der Umgang der Stadt Bochum mit Flüchtlingen in AsylbewerberInnenunterkünften der Kommune stellt keinen Einzelfall dar. In **Herne** im **Flüchtlingswohnheim an der Forellstraße** konnten Flüchtlinge nicht einmal ihr Frühstück beenden. Auch hier wurden bei strömendem Regen junge und alte Menschen nach draußen geschickt, um eine Kakerlakenbeseitigung durchzuführen. Flüchtlingsfrauen kritisierten, daß sie nicht einmal mehr die nötige Zeit fanden, genügend Decken und Milch für die Babies zusammenzupacken. Seitdem husten viele Kleinkinder - ob als Reaktion auf die Kälte oder das verwendete Gift, ist ungeklärt.

Anfang August führte die Stadt **Hattingen** Desinfektionen in den **Flüchtlingsunterkünften an der Bahnhofstraße** durch. Im Gegensatz zu den anderen Städten waren dort die untergebrachten Menschen benachrichtigt worden. Zusätzliche Aufenthaltsräume waren jedoch nicht bereitgestellt worden. Nach einigen Stunden

konnten die Menschen zurück in ihre Unterkunft.

Schädliche Nebenwirkungen unberücksichtigt

Trotz der hohen Giftdosen haben bislang die über das Sozialamt durchgeführten Begasungen keine erkennbare Wirkung gegen das Ungeziefer gezeigt.

Menschen während der Zeit eines erneuten Gifteinsatzes an andere Orte zu transportieren. Am 18.8 wurde in der Unterkunft an der **Lewackerstraße** zum wiederholten Male Gift gesprüht. Tags darauf wurde ebenso in der **Laerholzstraße in Bochum** verfahren. Noch während der verkürzten Durchlüftungs-

Gepflogenheiten von Moslems und Moslems.- Wird das Essen während der Fastenzeit am Tage nicht abgeholt, wird es anschließend weggeschmissen. Neues, für die nach Sonnenuntergang erlaubte Essenszeit, wird nicht zur Verfügung gestellt. Ebenso wird bei Kantineessen immer noch vernachlässigt, daß Hindufamilien kein Fleisch essen. Werden Beschwerden laut, so droht die zuständige Catering-Firma mit Klagen und schüchtert auf diese Weise KritikerInnen ein. Die Flüchtlinge sind deshalb immer noch darauf angewiesen, sich von den nur monatlich bewilligten 80 DM zusätzliche Lebensmittel zu besorgen, obwohl es doch heißt, daß sie mit Nahrung versorgt werden und die 80 DM ein "zusätzliches Taschengeld" darstellen.

Desgleichen beklagen Bochumer Flüchtlingsfamilien, daß ihnen Waschmittel in ausreichender Menge vorenthalten werden, kein Telefon vorhanden ist sowie die Ortslage der Flüchtlingsunterkünfte nicht an das Linienverkehrssystem angeschlossen ist.

Die Frauenredaktion

Anzeige

TERRE DES FEMMES

Frauen werden weltweit in ihren Menschenrechten verletzt.

Wir setzen uns für sie ein.

Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.

KSK Tübingen
Kto.-Nr. 881 999
BLZ 641 50000

Nähere Infos bei:
TERRE DES FEMMES e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 25 31, 72 01 5 Tübingen
T. 0 70 71/24 28 9, Fax 0 70 71/ 55 03 52

Asylbewerber klagen über Essensrationen

AWO und Sozialamt weisen die Vorwürfe zurück

Schwere Vorwürfe erhebt der Verein „Terre des Femmes“ gegen Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Sozialamt: Im Asylbewerberheim Lewackerstraße häuften sich Beschwerden über das Essen. Die Betreuer gingen angeblich nicht auf die Wünsche der Bewohner ein.

Bewohner hätten sich bei „Terre des Femmes“ über die Essensrationen beschwert, die die AWO zusammenstellt. „Mehrere Menschen“ seien „an Magen und Darm erkrankt“. Das Fleisch sei „häufig gering gekühlt“, es gebe nicht genug zu trinken. Obst und Gemüse fehlten, damit die Flüchtlinge einheimisches

Essen kochen könnten. Trotz der ungünstigen Witterung sei eine Kakerlaken-Desinfektion durchgeführt worden. „Weiteres gesundheitliche Schäden sind nicht auszuschließen“, schreibt der Verein für Frauenrechte.

Beate Franz, Leiterin der Abteilung Versorgung der AWO, wehrt sich gegen die

Maisgries für Afrikaner

Vorwürfe. Auf die Wünsche der Bewohner werde eingegangen. Auch einheimische Lebensmittel würden besorgt. „Ein Schwarzfrikaner wollte Maisgries, das hat er auch bekommen“. Getränke gebe es reichlich.

„Der Inhalt der Essenspakete wird immer wieder geändert“, bestätigt der Heimleiter. „Soweit es geht, werden alle Wünsche erfüllt“. Von Krankheiten sei überhaupt nichts bekannt. Der zuständige Abteilungsleiter im Sozialamt, Willibald van Hagen: „Ich bin wirklich erschüttert über die Vorwürfe“. Die AWO nehme Rücksicht auf die jeweiligen Edgewohnheiten. Die Desinfektion des Heims sei auf Wunsch der Bewohner durchgeführt worden. „Die Familien waren dankbar darüber“.

Asylbewerber können sich mit Problemen und Wünschen an den Heimleiter, die AWO oder die Abteilung Heimangelegenheiten im Sozialamt wenden.

WAZ, 2.08.1994 Bochum

Die schädlichen Wirkungen auf Menschen blieben dagegen unberücksichtigt. Wie eine Bochumer Bürgerhilfe mitteilte, ist vor einiger Zeit ein Mitarbeiter der Bochumer **Schädlingsbekämpfungsfirma Beltas** ins Koma gefallen und kurze Zeit später verstorben. Von Unternehmen für Schädlingsbekämpfung wird empfohlen, die begasten Räume zunächst 24 Stunden lang geschlossen zu halten und anschließend 24 Stunden lang durchzulüften. Darin sollen Wände und Boden abgewaschen werden. In den Bochumer Unterkünften sowie in den anliegenden Städten blieben diese Zeitvorgaben unberücksichtigt. Nach massiver Kritik von FlüchtlingsunterstützerInnen stellte neuerdings in zwei Fällen die Arbeiterwohlfahrt Busse zur Verfügung, um die

phase wurden neue Flüchtlinge im Lager an der Lewackerstraße untergebracht. Obwohl das Lager geräumt war, verharrten die Neuankömmlinge in den begasten Räumlichkeiten. Neben den Begasungen hat sich die Essenssituation in den Flüchtlingslagern, die dem **Asylbewerberleistungsgesetz** unterliegen, trotz der Unterstützung der Flüchtlinge durch Gruppen in der Flüchtlingshilfe, nicht entscheidend verbessert (s.a. nebenstehenden Bericht in der WAZ). Für die Zeit des Ramadan sind für moslemische Flüchtlinge noch keine befriedigenden Regelungen getroffen worden. In **Herne** bspw. wird Flüchtlingen zu festen Zeiten in einer Kantine ein Essen ausgegeben. Die Essenszeiten berücksichtigen dabei nicht die religiös-kulturellen

500 JAHRE KAMPF IN MEXIKO

Teil IV

Mexikanisches Pokerspiel

"Wofür müssen wir um Verzeihung bitten? Was werden sie uns verzeihen? Daß wir nicht stillschweigend hungers sterben? Daß wir nicht demütig die gigantische historische Bürde der Mißachtung und Verwahrlosung akzeptieren? Daß wir uns mit Waffen erhoben haben, als wir alle anderen Wege verschlossen vorfanden? Daß wir uns nicht an das Strafgesetzbuch von Chiapas gehalten haben, das absurdeste und repressivste, woran man sich erinnert? Daß wir dem Rest des Landes und dem ganzen Globus gezeigt haben, daß die menschliche Würde noch lebt und auf seinen am meisten verarmten Bewohnern beruht? Daß wir uns gut und gewissenhaft auf den Aufstand vorbereitet haben? Daß wir für Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit kämpfen? Daß wir nicht die Schnittmuster vorheriger Guerillas nachahmen? Daß wir uns nicht ergeben, nicht verkaufen, nicht verraten? Wer muß um Verzeihung bitten, und wer kann sie gewähren?"*

Das war die Antwort der EZLN auf den angebotenen "Pardon" (= Amnestie) der mexikanischen Regierung, deren Armee nach dem Rückzug der EZLN aus mehreren Städten des Bundesstaates Chiapas dort ein Massaker angerichtet hatte, dem rund tausend Menschen

zum Opfer fielen. Doch die mexikanische Bundesarmee, die sich auf diese Weise bei der Bevölkerung alles andere als beliebt machte, wurde wenig später, bevor sie weiteres Unheil anrichten konnte, von der Regierung zurückgezogen, denn in Mexiko stehen dieses Jahr Präsidentschaftswahlen ins Haus, und die

Partido Revolucionario Institucional (PRI) will eine Zitterpartie wie bei der letzten Wahl tunlichst vermeiden, zumal ein Präsidentschaftskandidat bereits ermordet worden ist. Zu viel an Sympathie hat die EZLN bereits in der gesamten mexikanischen Bevölkerung gewonnen, als daß der Regierung und den hinter ihr stehenden herrschenden "Familien" Mexikos ein Ausrottungsfeldzug noch hätte als probates Mittel erscheinen können. Also verlegte man sich aufs Verhandeln nach dem Motto: "Kommt Zeit, kommt

Rat." Aber das gilt natürlich für beide Seiten. Die EZLN hat die Möglichkeiten, die ihr damit in den Medien geboten wurden, jedenfalls gründlich genutzt, um überall im Lande Anhang zu finden. Was haben die Erhebung der EZLN vom Januar dieses Jahres und die sich daran anschließenden Verhandlungen außer einer instabilen "Klimaverbesserung" bisher gebracht? Die



Klassenwidersprüche etwa zwischen den viehzüchtenden Rancheros und plantagenanbauenden Finqueros auf der einen und den bitterarmen, sich als Labradores (Landarbeiter) zu Hungerlöhnen verdingen müssenden Campesinos, die nach wie vor durch Emiliano Zapatas revolutionäres Programm von "Tierra y Libertad" bewegt werden können, wenn sie eine Chance zu dessen Verwirklichung

**AUS EINER REDE DER
FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN
RIGOBERTA MENCHU AN EINIGE IHRER
LANDSLEUTE**

"Wir Frauen werden immer noch nicht gehört, aber wir wissen, daß wir eines Tages das Wort ergreifen werden. Wir kämpfen darum. Wir Indigenas haben noch immer nicht das gesagt, was gesagt werden muß. Aber ich bin überzeugt, daß wir eines Tages gehört werden, daß unsere Ratschläge und Meinungen akzeptiert werden. (...)

Unser Kampf steht aber in Verbindung mit vielen anderen aktiven Frauen. Zum Beispiel kennen wir die Mütter von der Plaza de Mayo, die tapferen Frauen, die in Argentinien für das Wiederauftauchen 'verschundener' Personen kämpfen. Oder die Witwen von Guatemala, die Mütter aus El Salvador. Viele Frauen auf diesem Kontinent kämpfen für ihre Rechte, sowohl Indigenas als auch Nicht-Indigenas. Das gibt uns Rückhalt, macht uns Mut. Diese Frauen sind Symbole, sind ein Windhauch, sind Zärtlichkeit.

(...) Wir müssen uns mit der Technik und der Wissenschaft befassen, wir müssen lesen und schreiben lernen. Wir müssen Spanisch lernen, aber deswegen nicht unsere eigene Sprache ablegen, denn die gehört fest zu uns und ist wichtig für uns. Nichts und niemand wird uns diese Sprache nehmen können, denn sie hat die letzten 500 Jahre Leben für uns bedeutet, und sie wird auch in Zukunft Leben bedeuten.

Aber das heißt nicht, daß wir nicht Spanisch lernen können, wir können das sehr gut. Wir lernen diese Sprache, weil uns das in Zukunft nutzen wird und weil uns das beispielsweise mit unseren mexikanischen Schwestern und Brüdern eint. Ihr habt ja auch gemerkt, daß sie Eure Sprache nicht verstehen können. Aber wenn Ihr Spanisch sprecht, können wir uns alle verständigen."

**Am 8.7.1992 zu guatemaltekischen
Flüchtlingen im Lager El Porvenir 1
(La Trinidad, Chiapas)**

sehen, auf der anderen Seite sind damit nicht aus der Welt. Und der NAFTA begünstigt natürlich die Reichen und erleichtert ihnen noch mehr den Zugriff auf das Ejido-Land und die Lebensgrundlagen der Armen. Es ist sicherlich zu früh, jetzt schon etwas Gültiges dazu zu sagen, zumal auch der Verhandlungspartner EZLN genau weiß, daß die Vertreter der jetzigen Regierung, die sich verbal immer noch auch auf Zapata beruft, ihr das Blaue vom Himmel versprechen können, um sie zum Niederlegen der Waffen zu bewegen. Und Marcos sagt das ihren Vertretern, die er zwar als Personen, nicht aber als Vertreter einer ordnungsgemäß gewählten Regierung anerkennt, auch ganz unverblümt ins Gesicht.

Das Beispiel Kanadas, wo der Abschluß des NAFTA-Vertrages der Progressive Conservative Party der beim Kastanienholen im Wahlkampfeuer verheizten Amtsnachfolgerin des langjährigen Regierungschefs Martin Brian Mulroney, Kim Campbell, bei den diesjährigen Wahlen eine geradezu vernichtende Niederlage beschert hatte - die absolute Mehrheit von 156 Sitzen war auf ganze 3 Sitze von den 295 Sitzen des kanadischen Unterhauses zusammengeschrumpft - und wo bis heute der Verbleib der französischsprachigen Provinz Quebec im kanadischen Staatsverband nicht amtlich ist, ist für die mexikanische Regierung Warnung genug. Eine neugewählte Regierung brauchte sich an Vereinbarungen einer solchen hinweggefegten Regierung mit einer oppositionellen Gruppe im Lande zudem nicht ohne weiteres gebunden zu fühlen. Also wird erst einmal "weitergepokert".

DAS REVOLUTIONÄRE FRAUENGESETZ

Die Ereignisse sind also noch nicht zu "Geschichte" geronnen, sie sind nach wie vor "im Fluß". Jedoch sei auf einen wichtigen Aspekt hingewiesen, der in unserer Serie bisher unterbelichtet blieb, jetzt aber - nach Erscheinen des Buches "Mexico: Aufstand in Chiapas" - ergänzt werden kann und muß: die Umwälzung in bezug auf die Frau und ihre Rolle in der Gesellschaft. Denn aus heutiger Sicht und vor dem Hintergrund der Erkenntnisse, die uns die Frauenbewegung bisher gebracht hat, dürfte eines ganz klar sein: Zur Zeit gibt es keine Gesellschaftsform, in der das Verhältnis der Geschlechter zueinander gelöst wäre. Und die weltweite Unterordnung der Frau kommt naturgemäß am krassesten da zum Ausdruck, wo das Leben der Menschen besonders hart ist. Die Rousseausche Idylle vom "edlen Wilden" trifft auf die als "Naturvölker" bezeichneten

menschlichen Gesellschaften ebenso wenig zu, wie dieses romantische Bild die Gesellschaft, in der es entworfen worden ist, verändert hat. Und auch die Gesellschaften, die die Gleichheit der Geschlechter auf ihre Fahnen geschrieben haben, haben in der Praxis die Gleichberechtigung von Mann und Frau höchstens ansatzweise verwirklicht. In unserer Gesellschaft beispielsweise kann sich eine Frau ab einem bestimmten Zeitpunkt abends kaum allein in einen U-Bahn-Tunnel oder eine Tiefgarage begeben, ohne befürchten zu müssen, Opfer von sexuellem Mißbrauch durch Männer zu werden. Und nachherige Untersuchungen durch Polizei und Justiz, falls sie stattfinden, sind geeignet, sie noch mehr zu demütigen. Die Bewegungsfreiheit von Frauen ist so jedenfalls deutlich gegenüber der des Mannes eingeschränkt. Und dies ist nur EIN Aspekt und aus Sicht der Frauen vielleicht nicht einmal der wichtigste. Der Wert und der

Ernst einer revolutionären Erhebung bemißt sich daher nicht zuletzt daran, was

die Revolution für die Frau bringt. Wenn denn die eingangs zitierte Erklärung des Comandante Marcos, die Zapatistas hätten dem Lande und dem Globus gezeigt, "daß die menschliche Würde noch lebt und auf seinen am meisten verarmten Bewohnern beruht", eine Berechtigung haben soll, so muß sie sich hier zeigen. Es sind ja in aller Regel die Frauen, denen in Gesellschaften, in denen Unterdrückung und Ausbeutung bestimmend sind und in denen das tägliche Leben sehr hart ist, die Hauptlasten aufgebürdet werden. Und sie sind es in aller

Regel auch, die sich den Zwängen am wenigsten entziehen können.

Unter der Schirmherrschaft des Bischofs Ruiz, der sich seinem großen Vorbild und Vorgänger im Amt eines Bischofs von San Cristobal de las Casas, Bartholomé de las Casas, besonders verbunden weiß und daher auch seine Kathedrale für die Verhandlungen zwischen EZLN und mexikanischer Regierung zur Verfügung gestellt hat, haben der Comandante Marcos und neben ihm die Comandante Ramona in dieser "Friedenskathedrale" in einem Interview

darauf hingewiesen, daß die Erhebung von Chiapas nicht erst im Januar 1994 begonnen habe, sondern bereits im März 1993. Verwiesen wurde auf das auf den Vorschlägen der zapatistischen Comunidades (Gemeinschaften) basierende, von der Comandante Susana ausgearbeitete und von der EZLN angenommene "revolutionäre Frauengesetz", das hier in Auszügen wiedergegeben werden soll:

"Erstens: Frauen haben, unabhängig von Rasse, Glauben, Hautfarbe oder

politischer Orientierung, das Recht, sich am revolutionären Kampf an der Stelle und in dem Ausmaß zu beteiligen, wie ihr Wille und ihre Fähigkeit es erlauben.

Zweitens: Frauen haben ein Recht auf Arbeit und auf eine gerechte Entlohnung.

Drittens: Frauen haben das Recht zu entscheiden, wie viele Kinder sie bekommen und aufziehen können.

Viertens: Frauen haben das Recht, sich an den die Gemeinden betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen und öffentliche Posten zu bekleiden,



Chamula-indianere

Per Ulrich

(Aus GERCEK Nr. 4/94)

ALLE FASCHISTEN GEHÖREN IN DENSELBEN TOPF

In Deutschland wachsende Neonazi-Bewegung ... Hilfe der Regierung in Millionen-Mark-Höhe für die faschistischen Parteien ... die Mörder von Solingen "schätzen" die MHP "sehr" ... enge Beziehungen der MHP zu faschistischen Parteien in Europa und Amerika ... deutsche "Freunde" der MHP innerhalb des deutschen Nachrichtendienstes ... die MHP sieht, wenn es um materielle und geistige Mittel geht, jeden Weg als zulässig an

Seit Jahren nehmen rassistische und neofaschistische Angriffe in Deutschland zu und werden fortgesetzt. Neonazis, die vor allem ausländische Werktätige angreifen, rufen gröhend in den Straßen Parolen (die sich sinngemäß so zusammenfassen lassen)*: "Parasiten, die ihr unsere Rasse durchraßt, haut ab!" und fallen über sie her. Der deutsche Staat ist "auf dem rechten Auge blind". Gegenüber diesen Angriffen drückt er die Augen zu.

In Rostock, wo Neonazis ein Heim, in dem Asylsuchende untergebracht waren, in Brand gesetzt haben, war, während sie vor dem Heim gerufen haben: "Es brennt, Heil Hitler!" von Polizei weit und breit nichts zu sehen. Fernsehsender haben dieses Ereignis live übertragen. Eine Woche später, als Antifaschisten eine kämpferische, 5000 Personen starke Demonstration durchführten, waren für jeden Demonstranten 2 bis 3 Polizisten zur Stelle.

Wieder eine kurze Zeit später setzen die Freunde der "Grauen Wölfe", Neonazis, in Mölln ein Haus mitsamt seinen Bewohnern lichterloh in Brand. Im Haus befinden sich zwei Frauen und ein Mädchen, zugleich "zur Rasse der Grauen Wölfe gehörig", die in den Flammen ihr Leben verlieren. Ein Jahr später brennen in Solingen 5 Türkinnen, die "zur Rasse der" von den deutschen Faschisten "respektierten Grauen Wölfe gehören", lichterloh. Die Mörder waren die gleichen: die Neonazis, die die Grauen Wölfe "materiell und geistig unterstützen". Solingen wurde in Deutschland zu einem Schauplatz großer Protestdemonstrationen. An der Demonstration eine Woche später haben in Solingen Zehntausende von Antifaschisten teilgenommen. Die Brüder der Neonazis, die Grauen Wölfe, hatten mit dem Lied: "Die Verbrannten sind unsere Lieblinge, sie sind unser Blut!" versucht, die Jugend auf ihre Fährte zu locken.

SIND DIE FASCHISTEN "VERFASSUNGSFEINDE"?

Bekannt ist, daß die türkischen Faschisten, die in Deutschland leben, und die MHP (Milliyetçi Hareket Partisi = Partei der Nationalen Bewegung)* mit den Neonazi-Organisationen eng zusammenarbeiten und zwischen ihnen eine "Seelenverwandtschaft" besteht.

Die neonazistisch-faschistischen Bewegungen sind in ihren Heimatländern einer erheblichen öffentlichen Gegenwehr ausgesetzt, die sich auch auf die jeweiligen Regierungen auswirkt, so daß diese sich unter Druck gesetzt fühlen und daher den Eindruck zu erwecken suchen, als hätten auch sie wirkliche Kritik an den Faschisten.

So wird in Deutschland über die unter der Bezeichnung REP ("Republikaner")* bekannte faschistische Partei, die auch eine wichtige Repräsentantin der Neonazi-Bewegung ist, in der Öffentlichkeit und auch in Regierungskreisen diskutiert, ob sie "verfassungsfeindlich" ist oder nicht. Der REP-Vorsitzende Franz Schönhuber, der auch in Marmaris (türkischer Ferienort am Mittelmeer)* eine Ferienvilla sein eigen nennt, macht von den Segnungen der

Demokratie weiterhin Gebrauch. Die REP sind in Deutschland durch ihre rassistische und ausländerfeindliche Wahlpropaganda hervorgetreten. Die REP, die während des letzten Wahlkampfes auch einen "Ausländer" aufgestellt haben, wollten damit beweisen, daß "eigentlich" nur sie ausländerfreundlich seien. Ihr Kandidat in Hamburg war ein Grauer Wolf aus Adiyaman (osttürkische Provinz)*, "so türkisch wie der Tanrı Dağı (Berg im Osten der Türkei)* und so moslemisch wie der Hira Dagħ" (Berg in Saudi-Arabien, zu dem Moslems pilgern)*. Die REP sind zur Zeit in zahlreichen Gemeinderäten und einigen Landtagen mit 5 bis 15 % Wählerstimmen vertreten.

Die Innenminister von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen betonen, daß die REP eine "verfassungsfeindliche Partei" seien. Bundesinnenminister Kanther ist wegen seiner feindlichen Haltung der PKK und anderen antifaschistischen und revolutionären Organisationen gegenüber bekannt. Seine Partei, die CDU, steht in mehreren Gemeinderäten in einer heimlichen Koalition mit den REP; so kann die CDU beispielsweise in Kassel ohne die Stimmen der 4 REP-Ratsmitglieder keine Beschlüsse fassen. Um den Haushalt und andere wichtige Beschlüsse verabschieden zu können, werden diese vier Stimmen gebraucht, und das stört sie auch nicht. Und der Staat beharrt darauf: "Ihr könnt uns nicht dazu bewegen zu erklären, die REP seien verfassungsfeindlich."

GELDER IN MILLIONENHÖHE AN FASCHISTISCHE PARTEIEN

Die finanzielle Lage der in Deutschland aktiven faschistischen Parteien wurde veröffentlicht. Danach erhielten 1992 die DVU 4,1 Millionen Mark, die REP 2,6 Millionen Mark und die NPD 1,1 Millionen Mark an "Spenden". Wer diese Spenden geleistet hat, wird nicht bekanntgegeben. Allerdings weiß man, daß der Vorsitzende der faschistischen DVU, Gerhard Frey, seiner Partei eine Spende in Höhe von 1,1 Millionen Mark gemacht hat, die er von der Steuer abgesetzt hat. Die Einkünfte der Nazi-Parteien beschränken sich nicht auf diese Millionen Mark an Spenden. Darüber hinaus gleicht der Staat Ausgaben dieser Parteien aus. Er erstattete der DVU "Wahlausgaben" in Höhe von 1,5 Millionen Mark. Den REP hat er 9,4 Millionen Mark ausgezahlt. Das heißt: Die Nazis werden von der öffentlichen Hand mit Geldern ernährt, die wiederum zwangsweise in Form von Steuern aus der Arbeiterklasse, den Werkträgern und insbesondere auch den ausländischen Werkträgern erhoben werden. Offenbar haben die Nazi-Parteien in letzter Zeit auch ihre Propaganda-Inhalte aufpoliert. Folgende Forderungen, die sie in ihre Programme aufgenommen haben, verdienen Beachtung: "Jedem eine Wohnung, die bezahlt werden kann!" - "Schluß mit den Mietpreiserhöhungen!" usw. Diejenigen, die wissen, warum die Hitlerpartei sich als National-SOZIALISTISCHE Deutsche ARBEITER-Partei bezeichnet hat, werden sich darüber nicht wundern.***

NAZIPROPAGANDA IN DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Seit Jahren werden von der katholischen Kirche Kalender wie "Komm mit!" kostenlos an Jugendliche verteilt; diese Kalender sind von Anfang bis Ende angefüllt mit reaktionärer und faschistischer Propaganda. Die deutsche Nationalhymne steht mit allen drei Strophen, auch mit der zur Hitlerzeit gesungenen, darin. Gefordert wird ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Wenn man sich die Rolle der katholischen Kirche in Deutschland zur Hitlerzeit ins Gedächtnis ruft, sieht man darin keinen Widerspruch. Die evangelische und vor allem die katholische Kirche waren zu engen Verbündeten des Hitlerfaschismus geworden und wetteiferten dabei, für die Nazis antifaschistische Priester, die in ihren Reihen standen, zu bespitzeln. Die Priester, deren Amtsvorgänger gestern noch gerufen haben: "Gott schütze

Hitler und das tausendjährige Reich" der Nazis, hatten, als die Kalendergeschichte in die Öffentlichkeit gelangt war, sogleich eine Antwort parat: "Der Verlag gehört nicht der Kirche."

Es ist offensichtlich, daß die aus der gemeinsamen Schuld in der Nazizeit entstandenen dunklen Flecken der Kirche noch immer nicht weggewischt sind.

Es gibt in Deutschland eine Art von Steuer, die Kirchensteuer heißt. Von dem Lohn jedes Werktätigen wird ein bestimmter Betrag als "Kirchensteuer" automatisch einbehalten. In den letzten Jahren nimmt die Zahl derjenigen, die aus der Kirche ausgetreten sind und nicht zulassen, daß von ihnen Geld für die Kirche abkassiert wird, weiter zu.** Der Staat jedoch versucht, unter dem Gesichtspunkt der Kontrolle über das Volk die Ehre der Kirche mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu retten. Denn sie erfüllt eine Aufgabe, die von Arbeitslosigkeit und Abbau sozialer Rechte beunruhigten "Rebellen" zu beruhigen, da das Bild einer "jenseitigen Welt" nach dem Tode immer noch Gültigkeit besitzt.

DEUTSCHE UND TÜRKISCHE FASCHISTEN

Erwiesen ist, daß türkische, deutsche und aus anderen Ländern stammende Faschisten zusammenarbeiten und sich gegenseitig finanziell und organisatorisch unterstützen.

Die türkischen Faschisten, die ihre Aktivitäten unter der Jugend verstärkt betreiben, sind besonders darauf bedacht, dieses Thema gegenüber den Jugendlichen, die gegen die Neonazis starke Abneigung haben, zu vermeiden.

Die türkischen Faschisten in Deutschland haben versucht, auf der Empörung der Jugendlichen, die nach der Verbrennung von fünf Frauen und Kindern in Solingen durch Nazis massenhaft auf die Straße gegangen sind, ihr eigenes Süppchen zu kochen. Aber es gab eine wichtige Tatsache, die diesen empörten Jugendlichen vorenthalten wurde: daß nämlich türkische Faschisten selbst in den Jahren des Zweiten Weltkrieges und danach bis heute jederzeit mit den deutschen Nazis zusammengearbeitet haben.

Es waren Angehörige der MHP, die Adolf Hitlers "Mein Kampf" ins Türkische ("Benim Kavgam") übersetzt und vertrieben haben. Auch das Programm und die Satzung der Hitlerpartei NSDAP wurden von einem MHP-Mitglied, das in Deutschland studiert hat, übersetzt. Die MHP hat vor den 80er Jahren in den militärischen Kommandotrainingslagern von Kampftrainings-Programmen der deutschen Faschisten profitiert. Heute werden solche Lager nicht mehr benötigt, denn heute werden die Faschisten in den staatlichen Lagern der "Spezialeinheiten" (Özel Tim) unter einem offiziellen Status ausgebildet. Es wird als normaler Vorgang angesehen, wenn jemand mit einem Ring mit dem Emblem des Grauen Wolfes auf dem Leichnam eines ermordeten Kurden, dem die Gesichtshaut abgezogen worden ist, Pose steht.

Der deutsche Faschistenführer Dr. Gerhard Frey, der französische Faschistenführer Le Pen und die faschistischen Führer zahlreicher anderer Länder haben keine Hemmungen, offen mit dem russischen Faschistenführer Schirinowskij zusammenzukommen. Sie geben gemeinsam Presseerklärungen ab und verkünden gemeinsame Pläne. Die türkischen "Volksgenossen" dagegen ziehen "zur Zeit" noch verdeckte Beziehungen vor.

HISTORISCHE DEUTSCH-TÜRKISCHE FREUNDSCHAFT

Ein kurzer Rückblick ist von Nutzen. An dem Kongreß der Völker des Ostens in Baku am 01. September 1920 haben auch 235 Personen aus der Türkei teilgenommen. Unter den 235 Personen befanden sich neben dem Führer der TKP (= Kommunistische Partei der Türkei)*, Mustafa Suphi, auch sehr konservative Leute wie Enver Paşa. Die Kommunisten waren

gegen seine Teilnahme. Der Vorsitzende des Kongresses, Sinowjew, stellte sich jedoch hinter Enver Paşa:

"An diesem Kongreß hat eine Persönlichkeit, die während des imperialistischen Krieges Oberbefehlshaber der osmanischen Armee gewesen ist, teilgenommen. Er hat von sich selbst erklärt, daß er ein ernsthafter Anhänger der Dritten Internationale sei."

Enver Paşa, der an diesem Kongreß im Namen der Moslems Nordafrikas teilnahm, begann seine Rede mit dem Wort "Genossen!" ...

Das Falschspiel von Enver Paşa in der Öffentlichkeit dauerte nicht lange. Als er am 04. August 1922 am Fuße des Pamirgebirges mit 25 Reitern, die bei ihm waren, eine Einheit der Roten Armee überfiel, kam er bei diesem Angriff ums Leben.

Als Enver Paşa getötet worden war, zögerten die Nazis nicht lange, sich eine (neue)* "Vertrauensperson" zu erwählen: Es handelte sich um einen Bruder von Enver Paşa, den früheren Kommandanten der Islamischen Kaukasusarmee, Nuri Paşa. Auch der neue Führer der panturanischen (= pantürkischen)* Bewegung war für die Nazis nicht weniger zu gebrauchen.

Die Nazis haben ihrem nationalistischen Bewunderer in Anatolien auch Geld zukommen lassen. Der deutsche Außenminister Ribbentrop sagte am 05. Dezember 1942 in einer geheimen Nachricht, die er mit einem Sonderzug zur deutschen Botschaft schickte, folgendes:

"Ankara. An die Botschaft persönlich. Aufgrund des Berichts Nr. A 6154 vom 20. Oktober haben wir befohlen, um unsere Freunde in der Türkei, die sich in einer schwierigen Lage befinden, zu retten, 5 Millionen Reichsmark zu überweisen. Ich möchte, daß Sie dieses Geld großzügig verwenden und mir über die Lage berichten."

Während des gesamten Zweiten Weltkrieges haben die pantürkistischen Freunde Nazideutschland nach Kräften versorgt. Mit den von Hitler erhaltenen Geldern haben sie versucht, entweder turkstämmige moslemische Völker in Mittelasien gegen die Sowjetunion aufzuhetzen oder die Türkei in einen Krieg auf Seiten der Nazis hineinzuziehen oder Einheiten zum Kampf gegen die Partisanen auf dem Balkan aufzustellen.

Nazideutschland hat 1941 einen "turanischen (runden)* Tisch" organisiert. Im Namen von Nazideutschland wird ein gewisser Henting mit dem Thema Turanismus betraut. Ein gewisser Dr. Harun, ein türkischer Nationalist, überbringt von Marschall Fevzi Çakmak eine Mitteilung. In dieser Mitteilung heißt es:

"Die Sache des Turanismus kann ein wichtiges Thema bei der Herstellung von Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sein. Wir können Ihnen Leute zur Verfügung stellen, die Propaganda unter den (von Nazideutschland "betreuten" sowjetischen)* Kriegsgefangenen machen können."

DER DEUTSCHE NACHRICHTENDIENST BND UND DIE MHP

Seit damals wird die "Freundschaft" und Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Faschisten ununterbrochen fortgesetzt. Diese Beziehungen liefen auch über staatliche Stellen.

In der Zeitschrift 2000'E DOĞRU vom 6. Dezember 1992 heißt es dazu: "Der frühere Vorsitzende von Türk Federasyonu (= Föderation der Türken)*, Lokman Kondakçı, hat laut einer vom damaligen Innenminister, Hasan Fehmi Güneş, am 30. April 1979 in der Villa Marmara abgegebenen Erklärung gesagt, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) bei der

Entstehung von Türk Federasyonu mitgewirkt habe. Kondakçı habe die Beziehung zwischen dem Chef des BND, Dr. Kannapin, und Türkeş mit deutlichen Beispielen belegt."

Der Inspekteur der MHP in Deutschland, Enver Altaylı, schrieb am 28. April 1976 einen Brief an Alparslan Türkeş, in dem es heißt:

"Mein sehr verehrter Oberst!

Wir bereiten zur Zeit eine Broschüre vor, die in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheinen soll. Die Broschüre wird von Dr. Kannapin persönlich verfaßt. ... Dr. Kannapin wird am 4. Mai 1976 nach Köln kommen und mich mit dem Vertreter des Türken-Tisches beim Verfassungsschutz bekannt machen. Soweit Dr. Kannapin weiß, ist diese Person ein CDU-Mitglied und ehemaliger Offizier. Er sei ein verschworener Antikommunist. Ich habe Dr. Kannapin gefragt, wie es komme, daß über uns so viel Negatives geschrieben wird. Ich gebe seine Antwort wörtlich wieder: 'Unsere Leute erhalten ihr Wissen zu diesem Thema über den MİT (= türkischer Geheimdienst)*. Was dieses Thema betrifft, kann man nicht unseren Leuten, sondern muß man den Leuten des MİT die Ohren langziehen. Falls der MİT richtige Informationen gäbe, falls dieser sagen würde, daß nicht alles so stimme, würden unsere Leute es auch richtig schreiben. ...' Unter den Türken in Europa wird die antikomunistische Propaganda von uns gemacht. Die CDU/CSU wird sich eines Tages mit Sicherheit veranlaßt sehen, der MHP die Hand entgegenzustrecken..."

Ebenfalls in einem Brief von Enver Altaylı vom 24. Juni 1976 von Köln aus an Türkeş werden weitere Belege über Beziehungen der MHP zu deutschen Faschisten geliefert. Türkeş war damals Vorsitzender der MHP und stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung der Nationalen Front (unter Ministerpräsident Süleyman Demirel)*.

"... Ende Mai 1976 sind auf unserem Bankkonto hier 20.000 DM eingegangen. Mein Ziel ist es, daß bis Ende September dieser Betrag auf 40.000 DM steigt. Kommen wir zu unserer Beziehung zu Dr. Kannapin: Dieser schirmt uns gegen deutsche Sicherheitsorgane ab. Er bemüht sich darum, daß diese Sicherheitsorgane, statt uns in unseren Aktivitäten zu behindern, uns unterstützen."

Bekannt ist auch, daß als Gegenleistung für diese "besonderen Dienstleistungen" Dr. Kannapin auf Zypern Urlaub gemacht hat und die Kosten dafür insgesamt von der MHP getragen wurden.

DER MHP-SCHUTZ-ATTACHE - EIN SS-OFFIZIER

In dem Brief von Enver Altaylı stößt man auch auf folgende Information: Damals war ein Aserbaidzhaner namens Dr. Mehmet Kengerli in der deutschen Botschaft in der Türkei Arbeits-Attaché. Dieser war 1940 als Kriegsgefangener in deutsche Hände geraten und hat dann während des Krieges als SS-Offizier gedient.

"...Bis zum Ende des Krieges ist er zum Major aufgestiegen. Er hat starke Sympathien für uns. Nicht eine Bitte von uns weist er zurück",

heißt es bei Altaylı. In dieser Zeit werden detaillierte Berichte über den deutschen und türkischen Geheimdienst an den "Başbuğ" (= Leitwolf; gemeint ist Türkeş)* weitergeleitet. Aus Deutschland fließen Hunderttausende an Mark für Wahlpropaganda und "Schulung" der MHP. Auf den Namen A. Türkeş wird in Deutschland ein Konto eröffnet, über das "große Beträge" ein- und ausgehen. Am 28. Januar 1976 werden je ein Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Köln unter der Nummer 10243246, bei der Deutschen Bank in Köln unter der Nummer 3873852 und bei der Commerzbank in Frankfurt unter Nummer 400/63-750828 geführt ...

In den Akten des nach dem 12. September 1980 eröffneten MHP-Prozesses befanden sich auch Dokumente über aus Deutschland fließende Gelder.

BEZIEHUNGEN ZU FASCHISTEN IN DEN USA

Unterlagen, die sich im Zimmer von Alparslan Türkeş in der MHP-Zentrale befanden, belegen, daß der MHP auch von amerikanischen Faschisten Gelder zugeflossen sind. In dem Zimmer befanden sich 13 Stück "American Express Money Orders", wie die Geldüberweisungsaufträge genannt wurden. Absender ist ein gewisser Walter Jacob Pfersich Jr. Die Empfängeranschrift auf dem Kuvert lautet:

National Action Party (= MHP)*
Col. (= Oberst)* Alparslan Türkeş
MHP Genel Merkezi (= MHP-Zentrale)*
Bahcelievler, 3. Cad. No. 43
Ankara/Turkey (= Türkei)* AKIX

Gleichfalls auf dem Schreibtisch von Türkeş lag eine Karte, auf der folgendes stand:

"Partito Nazionale Fascista - Partido Nacional Falangero, Walter Jacob Pfersich Jr., Head of the Action Double State of Italy and Spain, United Catholic Coalition."

Nach Nachforschungen wird als Anschrift der unter dieser Bezeichnung firmierenden Person ermittelt:

492 Poot Rigginit, Monteron Park, California.

Die Bezeichnung, die auf der Visitenkarte stand, ist eine in den USA aktive, sich als Italienisch-Spanische Vereinigte Katholische Organisation bezeichnende faschistische Partei, deren Vorsitzender Walter Jacob Pfersich Jr. ist.

UM DES GELDES WILLEN IST ALLES HEILIG!

Der ehemalige Vorsitzende von Türk Federasynu, dem Zentrum der MHP-Faschisten in Deutschland, Lokman Kondakçı, hat in seinen Enthüllungen auch folgende Angaben gemacht:

"Soweit ich weiß, hat Enver Altaylı aus Grundstücksverkäufen eine Million Mark zusammengebracht. Außerdem waren 1000 Vereinsmitglieder zugleich Abonnenten der Zeitung HERGÜN. Ein Abonnement der Zeitung HERGÜN kostet 375 Mark. Soweit ich weiß, wurden aus diesen Mitglieder-Abonnements 500.000 Mark zusammengebracht ..."

Weiter erklärte Kondakçı, daß ein Raum des Zentrums von Türk Federasyonu als Büro der Zeitung HERGÜN hergerichtet war und daß von hier aus Devisenhandel betrieben wurde. Er unterließ es auch nicht zu erwähnen, daß hier Kassetten überspielt und in den Verkauf gebracht wurden und daß auch Bücher verkauft wurden.

Das Vorgehen der MHP'ler zeigt, daß für die MHP'ler, wenn es darum geht, Geld zu machen, jedes Mittel heilig sind.

1972 wurde an der französischen Grenze der MHP-Senator Kudret Bayhan mit 140 kg Heroin erwischt und konnte einer Haftstrafe von 13 Jahren nicht entgehen. Nach Angaben der deutschen Polizei war in den 70er Jahren der wichtigste Heroinhändler İsmail Çakır, Besitzer eines Nachtclubs. Çakır hat über Jahre hinweg der MHP Spenden in Höhe von mehreren hunderttausend Mark zukommen lassen. Im Sommer 1979 hat das MHP-Mitglied

F. Erden, der als ein auf Seiten der Araber stehender Waffenhändler bekannt ist, den ägyptischen Botschafter in Ankara überfallen und dabei mehrere Personen verletzt; er wurde deswegen in Ankara vor dem Militärgericht angeklagt.

Beamte des deutschen Bundeskriminalamtes sehen sich veranlaßt anzugeben, daß auch heute noch "rechtsextremistische Türken" mit Betäubungsmitteln Handel treiben.

MILITÄRISCHE AUSBILDUNG IN DEUTSCHLAND UND DIE ETKO

Anfang Dezember 1980 wurde vom Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz eine Erklärung veröffentlicht, wonach laut Informationen aus "zuverlässiger Quelle" die "Grauen Wölfe" in der Umgebung der Schwäbischen Alb Kommandoübungen machen. Die STUTTGARTER ZEITUNG schrieb aufgrund von Angaben eines MHP-Mitgliedes am 11. Dezember 1980, daß die ETKO (Esir Türkleri Kurtarma Ordusu = Armee zur Befreiung gefangener Türken), die unter der Führung der MHP ihre Aktivitäten betreibt, ihre Anhänger in Deutschland militärisch ausgebildet habe. In demselben Zeitungsartikel stand, daß "die MHP nach dem Putsch vom 12. September (1980)* ihre Aktivitäten sogar noch ausgedehnt" habe.

Daß deutsche Neonazi-Gruppen in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern zur gleichen Zeit an ähnlichen Plätzen und mit ähnlichen Methoden Schießübungen durchgeführt haben, wurde wiederholt in den Medien und in Fernsehreportagen nachgewiesen.

Personelle und finanzielle Reserven für die türkischen Rassisten und Faschisten werden insbesondere durch "Vereine" beschafft, die unter Deckbezeichnungen wie "Koran-Schulen" (Kuran kurslar) eröffnet worden sind. Insbesondere die Süleymançılar, die sich unter der Bezeichnung "Islamische Kulturvereine" (İslam Kültür Merkezleri) organisiert haben, leisten für die MHP erhebliche "materielle und sonstige" Unterstützung.

BRIEF DER NPD AN TÜRKE

Der damalige Vorsitzende der nach 1945 in Deutschland von ehemaligen Hitler-Soldaten und zivilen Faschisten gegründeten NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), Thadden, hat 1970 an A. Türkeş einen Brief geschrieben, in dem er folgendes erklärt hat:

"Die Gemeinsamkeiten unserer Parteien hinsichtlich der Ziele haben mich besonders gefreut. Wir haben gemeinsame ideologische Ziele. ...

Wir (meine Partei) haben den Vorschlag des gegenseitigen Besuchs von Jugendgruppen einstimmig akzeptiert."

Vorstehende Zeilen machen deutlich, wie sehr die MHP von deutschen Faschisten geschätzt wird und daß sie eine Partei ist, auf die diese sich in einer "Seelenverwandtschaft" zubewegen.

Der vor zwei Jahren an AIDS verstorbene Gründer der faschistischen Organisation ANS (Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten), der militantesten unter den neofaschistischen Gruppierungen in Deutschland, Michael Kühnen, sagte in einem Interview, das im ALTONAER ECHO vom März 1978 veröffentlicht wurde, folgendes:

"Wir haben sowohl im Inland als auch im Ausland gute Beziehungen. Wir kennen die Grauen Wölfe und wir haben Respekt vor ihnen. Wir hegen für ihre Ziele Sympathie ..."

So reden die Hitler-Enkel, die auf den Straßen mit "Heil-Hitler"-Rufen marschieren, die wegen ihrer rassistisch-faschistischen Propaganda bekannt sind, die jeden, der ihnen über den

Weg läuft und den sie als "schwarzhaarig", "Ausländer", Antifaschist, oder Kommunist ausmachen, unbarmherzig zusammenschlagen.

Der Solinger Prozeß geht weiter. Einer der Angeklagten ist Mitglied der DVU (Deutsche Volksunion). Die DVU ist die Partei des Altneonazis Dr. Gerhard Frey, der 1977, als Türkeş nach Deutschland kam, diesen in seinem Haus als Gastgeber empfing ...

Oberst Türkeş aus "Levkosia" (= Nikosia)* betreibt türkischen Rassismus. Und während er dies macht, unterläßt er es nicht, mit den europäischen Rassisten und Faschisten gemeinsame Sache zu machen. Der vaterlose Österreicher Hitler hatte sich zum deutschen Rassisten gemausert. Sein Ende ist bekannt. Möge denen, die ihn lieben, das gleiche Glück beschieden sein.

Yüksel Dalyan

(Übersetzt von zwei Mitgliedern des Demokratischen Arbeiter- und Jugendvereins Dortmund e.V.)

**) Erläuternder Hinweis der Übersetzer.*

***) Vom dem Geld, das an Arbeitslose ausgezahlt wird, behält der Staat auch dann die Kirchensteuer ein, wenn der Arbeitslose aus der Kirche ausgetreten ist. Ein höchststrichterliches Urteil hat diese Praxis aus abrechnungstechnischen Gründen für verfassungskonform erklärt, mit der Auflage, die Gelder von nicht kirchlich gebundenen Arbeitslosen in einen Sonderfonds zu stecken. (Anmerkung der Redaktion)*

****) Zu erwähnen ist, daß der DVU-Vorsitzende Dr. Frey in Berlin voll in den Wohnungsmarkt eingestiegen ist und hier keinerlei Hemmungen hat, sich wie jeder andere Mietwucherer auch zu verhalten. "Mit Leichtigkeit kanzelt der selbsternannte Vorkämpfer für die Interessen der 'kleinen Leute' seine zahlreichen MieterInnen ab, wenn sie sich wegen Mängeln beschweren. Er, Frey, habe noch jeden Prozeß gewonnen, ließ er eine Mietpartei in Berlin wissen, die doch nur die dringend erforderliche Reparatur der Heizung angemahnt hatte. Solche Einschüchterung ist kein Ausnahmefall. Andere Frey-MieterInnen in Berlin, wo der DVU-Chef 400-500 Wohnungen sein Eigen nennt, klagen über den schlechten Zustand vieler Wohnungen. Ihre Reklamationen nutzen meistens nichts. Viele von ihnen besitzen nur Zeitmietverträge, müssen dafür aber Staffelmieten zahlen, die teilweise die Wuchergrenze erreichen. Frey betreibt auch Billigsanierung, um 'optimale' Gewinne aus den Häusern zu erzielen. Frey profitiert doppelt von der 'Wohnungsnot'; als Miethai und als faschistischer Rattenfänger. (...)*

Neben den uns bekannten 22 Mietshäusern in Westberlin soll der Frey-Clan noch mindestens 80 weitere Mietshäuser besitzen. U.a. in Ostberlin, München, Lübeck und in den neuen Bundesländern. Das Berliner Anti-'Frey-Komitee' hat erste Erfolge gegen den Miethai Frey errungen. Neben der besseren Interessenvertretung der einzelnen MieterInnen ist Freys Vertreter in West-Berlin, Jürgen Thiele (REP und hauptberuflich Angestellter der Stadt) von seinem 'Hauswartsposten' zurückgetreten. Der Grund dürfte in der guten Öffentlichkeitsarbeit des Komitees liegen und in der auch körperlich vorgetragenen Empörung von Frey-MieterInnen gegen Thiele." ("Multimillionär Frey und seine DVU. Informationen über die größte neofaschistische Organisation", 2. überarbeitete und erweiterte Auflage; Bestelladresse: Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel; Fax: 0431/577.056) (Anmerkung der Redaktion)

wenn sie dazu frei und demokratisch gewählt worden sind.

Fünftens: Frauen und ihre Kinder haben das Recht, bei Gesundheitspflege und Ernährung an erster Stelle berücksichtigt zu werden.

Sechstens: Frauen haben ein Recht auf Bildung.

Siebtens: Frauen haben ein Recht, ihren Partner frei zu wählen und nicht zur Heirat gezwungen zu werden.

Achtens: Keine Frau darf geschlagen oder körperlich mißhandelt werden, weder von Familienangehörigen noch von Fremden. Verbrechen wie versuchte oder vollzogene Vergewaltigung werden schwer bestraft.

Neuntens: Frauen können Führungspositionen in der Organisation und militärische Grade in den revolutionären Streitkräften bekleiden.

Zehntens: Frauen kommen in den Genuß aller Rechte und Pflichten, die in den revolutionären Gesetzen und Vorschriften vorgesehen sind.***

Dieses "revolutionäre Frauengesetz" ist ein Spiegelbild für die auch bei den Zapatistas bestehenden Konflikte zwischen den beiden Geschlechtern und zeigt die Lösungsrichtung an, der sich in den Abstimmungen schließlich auch die Männer unterworfen haben. Und diese Frauengesetze bedeuten - wie Comandante Marcos sagte - "für die indianischen Gemeinden eine wahrhaftige Revolution." Es wurde schließlich, obgleich viele Männer damit ihre Probleme hatten, einstimmig verabschiedet. Nicht umsonst besteht die mehrere tausend

Personen starke Befreiungsarmee zu rund einem Drittel aus Frauen.

Als einer der Männer beim Abstimmungsvorgang vor sich hinmurmelt: "Ein Glück, daß meine Frau kein Spanisch versteht", bekommt er prompt die Antwort einer Comandante zu hören: "Da hast Du aber Pech gehabt; wir werden das nämlich in alle Sprachen übersetzen!" Diese Episode macht deutlich, welches Gewicht die Sprache als Medium des Sich-verständlich-Machens und damit der Befreiung hat.

Gerade unter den indianischen Frauen in Chiapas ist der Anteil derjenigen, die sich nicht spanisch verständigen können und auf eine der indianischen Sprachen Tzeltal, Tzotzil, Chol oder Tojolalal angewiesen sind, mit durchschnittlich zwischen 29 % und 32 % besonders groß. Sie sind bisher aufgrund ihrer gesellschaftlichen Eingebundenheit weitaus weniger beweglich als die Männer gewesen und hatten daher auch weniger Gelegenheit, sich sprachlich woanders bewähren zu müssen. Mehrsprachigkeit ist in einer Gesellschaft, in der Menschen aus verschiedenen Völkern zusammenleben, eine Lebensnotwendigkeit.

Und bei der EZLN insgesamt, die inzwischen mit beachtlichem Erfolg dabei ist, Anhängerinnen und Anhänger in ganz Mexiko für eine Zapatistische Front der Nationalen Befreiung zu organisieren, ist die Beherrschung des Mexikospanischen für alle Mitglieder eine der wichtigsten Angelegenheiten geworden.

*) Subcomandante Marcos, 28.01.1994; zitiert nach: Andreas Simmen, Mexico - Aufstand in Chiapas, Berlin/Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1. Auflage Juni 1994, ISBN 3-89408-040-X.

**) Übersetzt von Anne Huffschtmidt; Text in: Simmen, Mexico - Aufstand in Chiapas

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle



Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

MAS DE LO MISMO

Bei der Ende August 1994 durchgeführten Präsidentschaftswahl kandidierten 3 Bewerber um das Präsidentenamt gegeneinander: Die PRI hatte nach der Ermordung ihres Kandidaten Luis Donaldo Colosio kurzfristig Ernesto Zedillo aufgestellt, einen 43 Jahre alten Wirtschaftswissenschaftler, der für die Fortsetzung des von seinem Vorgänger, Carlos Salinas de Gortari, eingeschlagenen Weges und insbesondere für das Festhalten am NAFTA steht. Von der konservativ-katholischen Partei der Nationalen Aktion (PAN) wurde Diego Fernandez de Cevallos aufgestellt, während für die Partei der Demokratischen Revolution (PRD)

wie vor sechs Jahren Cuauhtemoc Cardenas antrat.

Die Wahl wurde von einer rund 10.000 Personen starken, auch von der UNO anerkannten Staatsbürgerlichen Allianz (Alianza Civica) von Menschenrechts- und Sozialorganisationen sowie Einzelpersonlichkeiten, zu der auch die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu (Guatemala) gehörte, überwacht. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen bekam der PRI-Kandidat zwar die meisten Stimmen, blieb aber unter der 50-Prozent-Marke. Rund ein

Sein schlechtes Abschneiden ist teilweise damit zu erklären, daß auch diese Wahlen nicht frei von Betrug waren. In den Gebieten, wo er bei den letzten Wahlen hohe Gewinne hatte erzielen können, waren beispielsweise zu wenig Stimmzettel vorhanden, und daher wurden die Wahllokale dort vielfach vorzeitig geschlossen. Das hatte insbesondere in der Ciudad del Mexico, in Morelia, Oaxaca, Tuxla Gutierrez und an anderen Stellen zu Protesten geführt, an denen sich Tausende von Menschen beteiligten. Es handelt sich dabei außer Mitgliedern und Sympathisanten der PRD großenteils um Wahlberechtigte, die sich nicht an ihrem Wohnsitz aufhielten oder die keinen festen Wohnsitz nachweisen konnten, also in aller Regel um die ärmsten Bevölkerungsschichten, die - sofern sie überhaupt Arbeit finden - als Kontraktarbeitende weitab von ihrem Heimatort verdingen müssen.

Die Alianza Civica hat zwar zahlreiche Betrugsmanöver auf lokaler Ebene aufgedeckt, diese reichen aber offenbar nicht aus, um die gesamten Wahlen als gefälscht zu bezeichnen. Während 1988 Cardenas noch die gesamte Unzufriedenheit mit der herrschenden Staatspartei auf sich als Alternative konzentrieren konnte, hatte das Wahlvolk diesmal einen zweiten Gegenkandidaten, der als Gewährsmann dafür auftrat, daß die Unsicherheiten, die mit dem NAFTA in das Leben der Menschen eingetreten waren, rückgängig zu machen seien. Der PAN wird der neue Präsident vermutlich einige Zugeständnisse machen. Das Ergebnis ist allerdings ein erneuter Beleg dafür, daß man mit einer Orientierung vor allem auf den Stimmzettel die gesellschaftlichen Verhältnisse im Lande nicht ändern kann.

Auch Cuauhtemoc Cardenas hatte sich diesmal "stromlinienförmiger" profiliert und auch bei Unternehmerkreisen anzubiedern versucht. Das ist ihm und seiner Partei offenbar schlecht bekommen. Subcomandante Marcos hatte im Mai auf einem Treffen zwischen EZLN und dem Heimlichen Revolutionären Komitee der Urbevölkerung (CCRI) einer nach Chiapas gekommenen Delegation der PRD gegenüber erklärt, die PRD habe sich bei der Aufstellung ihrer Kandidaten für den Wahlkampf in ihrem Aufbau als ähnlich undemokratisch und machtbesessen erwiesen wie die von ihr bekämpfte PRI.

Zum Wahlergebnis mithin: Mas de lo mismo (mehr vom selben).

KD

VERANSTALTUNG ZU MEXIKO

Zur Zeit machen Angehörige der unter Beteiligung der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) entstandenen Heimlichen Revolutionären Komitees der Urinwohner (CCRI) von Mexiko eine Veranstaltungsrundreise durch Deutschland.

Am Samstag, den 17. September, werden sie in der Zeit von 15 bis 19 Uhr auf einer Solidaritätsveranstaltung des Infoladens Don Quixote Herne, des Antifaschistischen Bundes (AFB) Recklinghausen und der türkisch-kurdischen Organisation Spartakus sowie mit Unterstützung durch den Buchladen Georgi Dimitroff (Frankfurt am Main) in Dortmund sein, um über die Lage und die Ereignisse in Mexiko zu berichten. Die Veranstaltung soll dreisprachig (spanisch, deutsch, türkisch) sein. Näheres entnimmt bitte Plakaten und Aushängen.

Drittel der abgegebenen Stimmen sind auf den PAN-Kandidaten entfallen. Cardenas dagegen, der noch eine Woche vorher in der Ciudad del Mexico vor Tausenden seinen Wahlsieg vorhergesagt hatte, erhielt diesmal unter 20 Prozent der Stimmen.

DEP-ABGEORDNETE STEHEN VOR GERICHT

Prozeß in Ankara

Der Staatsterror in der Türkei hat noch nie dagewesene Dimensionen erreicht. Die Spirale der Gewalt gegen die eigene Bevölkerung und deren VertreterInnen wie Intellektuelle, GewerkschafterInnen ist mittlerweile so hoch geschraubt, daß selbst gewählte ParlamentarierInnen sich nicht mehr sicher vor Angriffen seitens des Staates fühlen können. Den über 170 VerlegerInnen, AutorInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen in den türkischen Gefängnissen (ganz zu schweigen von den mehreren tausend "namenlosen" politischen Gefangenen) müssen seit dem Frühjahr d.J. 6 Parlamentarier "Gesellschaft leisten". Gemeint sind die 5 Abgeordneten der DEP (Partei der Demokratie) Hatip Dicle (zugleich DEP-Vorsitzender), Leyla Zana, Ahmet Türk, Sirri Salcık und Orhan Doğan sowie der parteilose Abgeordnete Mahmut Alınak. Sie kommen allesamt aus Wahlkreisen in den kurdischen Provinzen.

Seit dem 3. August müssen sie sich vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) in Ankara für die ihnen vorgeworfene Straftat verantworten, die mit der Zauberformel "Bestrebungen gegen die unteilbare Einheit des Staates mit seiner Nation und gegen die Gesamtheit des Landes" beschrieben wird. Auf diesen Gesetzesverstoß fällt die Todesstrafe.

Zu den Gerichtsverfahren konnte es nur kommen, weil die "Große türkische Nationalversammlung" die Immunität aller DEP-Abgeordneten durch einen Parlamentsbeschluß aufgehoben hatte. Am gleichen Tage wurden zwei der Abgeordneten noch vor dem Parlamentsgebäude festgenommen, die anderen vier einige Tage später. Restliche Mitglieder der DEP-Parlamentsfraktion konnten sich einer Festnahme und dem drohenden Gerichtsverfahren durch Flucht ins Ausland entziehen. Nach ihrer Inhaftierung wurde die Kampagne gegen die DEP, die schon im Vorfeld mit tatkräftiger

Unterstützung durch die Medien gestartet worden war, viel weiter forciert. In den Medien wurden jeden Tag neue "Beweise" darüber erbracht, daß die DEP eine von der PKK eingerichtete und gelenkte Partei sei.

Diese Behauptung ist auch der Haupttenor der **450 Seiten umfassenden Anklageschrift** gegen die DEP-Abgeordneten. Mit demselben Vorwurf wurde auch die Forderung nach dem Verbot der DEP erhoben. So beinhaltet die Anklageschrift angebliche Beweise darüber, daß Leyla Zana in einem von Sicherheitsbehörden mitgeschnittenen Telefongespräch mit Abdullah Öcalan diesen mit "mein verehrter Vorsitzender" angesprochen habe, daß Sirri Salcık auf einem Festival in Deutschland unter der PKK-Fahne eine Rede gehalten habe. Ferner soll Hatip Dicle eine Unterredung mit Osman Öcalan gehabt haben. An einer anderen Stelle wird eine Erklärung von ihm zitiert, die er nach einem Bombenanschlag durch



Die angeklagten Abgeordneten

(aus: Gerçek, Nr. 20/94)

die PKK auf eine Militärschule abgegeben hatte: "In einem Krieg stellen alle uniformierten Personen militärische Ziele dar." Als letztes Beispiel für die vermeintlichen Beweise für die Zusammenhänge zwischen der PKK und der DEP kann die

Behauptung genannt werden, die DEP habe die Kommunalwahlen am 27. März d.J. aufgrund einer Anweisung der PKK boykottiert.

Mit dieser Kampagne wurde der steigende allgemeine Staatsterror in der Türkei und in Türkei-Kurdistan so weit getrieben, daß die Ministerpräsidentin keinen Hehl daraus machte, öffentlich zu erklären, sie habe die Zuständigen (hier können wohl nur die angeblich unabhängigen juristischen Instanzen gemeint sein) angewiesen, kurzen Prozeß mit den DEP-Abgeordneten zu machen. Mit dem geschaffenen öffentlichen Klima, den Einschüchterungen der Bevölkerung und der Vorverurteilung der angeklagten ParlamentarierInnen wird der Prozeß zu einer politischen Show umfunktioniert. Eine Show, mit der die offizielle Politik von der Vernichtung der politischen Opposition im allgemeinen und der kurdischen Bevölkerung im besonderen Nachdruck verliehen werden soll. Das Todesurteil gegen die demokratischen und revolutionären Kräfte und gegen die kurdische Bevölkerung ist also längst gefällt.

Diese Tatsache bringt Dicle so zum Ausdruck: "Ihrem Wesen nach wird hier unsere Identität und Einstellung bezüglich der kurdischen Frage verurteilt. Der Staat möchte hier in unserer Person alle politischen Kräfte, das Volk, Intellektuelle und Parlamentarier, die sich gegen die offizielle Ideologie auflehnen und die Menschenrechtsverletzungen anprangern, einschüchtern und zum Schweigen bringen. (...) Unabhängig vom Ausgang dieses Verfahrens werden wir von der Geschichte und dem Gewissen des Volkes freigesprochen."

In der Tat verstärkt der türkische Staat den Terror gegen alle oppositionellen gesellschaftlichen Gruppen. Der Prozeß gegen die DEP-Abgeordneten ist lediglich ein Beispiel für seine Bemühungen, jede Opposition im Keim zu ersticken. Ob es die Zerstörung von Hunderten von Dörfern in Kurdistan oder das brutale Vorgehen gegen streikende Arbeiter in der westtürkischen Industriestadt Gebze ist, ob es die Verurteilung von Abgeordneten oder von kämpferischen GewerkschafterInnen ist, all diese Versuche haben das gemeinsame Ziel, den Fortbestand des faschistischen Unrechtsregimes zu gewährleisten. Und die Geschichte zeigt uns, daß diese Versuche in den meisten Fällen fehlgeschlagen sind. Wenn die Entwicklungen in der Türkei und in Türkei-Kurdistan näher betrachtet werden, fällt es nicht schwer zu sehen, daß die Geschichte wieder einmal Recht bekommen wird.

**Mehmet Çalli, Vorsitzender von
DİDF**

Anzeige



Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2

AM HAUPTBAHNHOF

45657 RECKLINGHAUSEN

TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte

Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei

Ökologische Weine, Sekt und Säfte

Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel

Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Anzeige



Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

Türkei und Deutschland Waffenbrüderschaft gedeiht prächtig

"Hast Du jetzt verstanden, Bruder Hans?" titelte die regierungsnahe türkische Zeitung HÜRRIYET vom 2. Juli 1994 mit einer Balkenüberschrift, um ihre Genugtuung und ihre Solidarität mit dem zu einem zivilen Spezialeinsatzkommando gehörigen deutschen Polizeiobermeister Klaus T. zum Ausdruck zu bringen, der tags zuvor gegen 3 Uhr morgens in Hannover den 16jährigen kurdischen Asylsuchenden Halim Dener (bzw. Ayhan Eser) wegen Plakatklebens für die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) durch einen Schuß aus 2 bis 4 m Entfernung in den Rücken getötet hatte. Mit "Bruder Hans" (Hans kardeş) ist der "deutsche Waffenbruder" angesprochen, der nun endlich begriffen habe, daß die Kurden auch in Deutschland als Terroristen bewaffnet bekämpft werden müßten.

DIE POLIZEI ZUM TOD VON HALIM DENER

Der Schuß soll sich, wie es in einer Presseinformation der Polizei vom 1. Juli hieß, beim Versuch des Beamten, "aus der knienden Haltung aufzustehen", "unbeabsichtigt" gelöst haben, weil er gestolpert sei. Die Waffe sei zuvor beim vergeblichen Versuch des Polizisten, den flüchtigen Jugendlichen festzuhalten, zu Boden gefallen. Jäger und Gejagter seien dabei hingefallen, der Kurde habe sich aber aufgerappelt und sei davongelaufen. Daß die Waffe entschert war, wurde als so selbstverständlich erachtet, daß es nicht weiter kommentiert wurde.

Im Widerspruch zu dieser Erklärung, die von einem größeren Abstand zwischen dem Polizeischützen und dem Erschossenen ausgeht, steht allerdings die Tatsache, daß an der Weste von Halim Dener Schmauchspuren entdeckt wurden, die einen Abstand der Mündung des Revolvers von höchstens 15 cm von seinem Rücken nahelegen. Auch an der linken Hand des Erschossenen gab es Schmauchspuren. Laut Erklärung des Waffenexperten Siegfried Hübner aus Baden-Württemberg soll es zudem unmöglich sein, daß sich

bei einem Revolver des Typs Smith & Wesson, Kaliber 38, mit dem geschossen worden ist, ein Schuß löst, "selbst wenn der Revolver auf den gespannten Hahn fällt". Um eine Kugel von der (6 Kugeln fassenden) Trommel in den Lauf zu schieben und den Hahn zu entsichern, müsse eine Kraft entsprechend einem Gewicht von etwa 4,5 kg aufgewandt werden. Der Schütze hatte nicht - wie es in den ersten Verlautbarungen nahegelegt wurde - die beim normalen Streifendienst in Niedersachsen benutzte Waffe, die Heckler&Koch-Pistole P7, benutzt. Diese kann in der Tat sehr leicht versehentlich losgehen. (Zu den Details vgl. SPIEGEL 28/1994.)

Mindestens 3 der insgesamt 16 vernommenen Zeugen - so auch derjenige, der mit Halim Dener zusammen die Plakate geklebt hatte - sagten aus, der Polizist habe den Kurden bei der Verfolgung im Laufen aus etwa 10 m Entfernung erschossen.

Wie dem auch sei: Verbotenes Plakatkleben darf offenbar auch mit der Waffe in der Hand unterbunden werden. Verhältnismäßig? Nun, die Verhältnisse, die sind halt so. Hierzulande.

"SCHIRMHERREN DES TERRORS"

Die Zeitung HÜRRIYET machte ein paar Tage später erneut "Politik", indem sie sich in wütenden Attacken gegen den Oberbürgermeister Schmalstieg der Stadt Hannover ausließ. Der hatte sich auf einer von 60.000 friedlich Demonstrierenden mit dem Tragen eines Meeres von Fahnen der ERNK und PKK unterstützten Trauerkundgebung für Halim Dener am 9. Juli nicht nur für eine rückhaltlose Aufklärung des Todesfalles ausgesprochen, sondern auch das "PKK-Verbot" durch den Bundesinnenminister Kanther als "kontraproduktiv" bezeichnet. Das darf er hierzulande. Das Blatt aber bezeichnete ihn deswegen als "Schirmherrn des Terrors" und veröffentlichte seine Telefon- und Telefaxnummer. Er wurde in den Tagen danach mit einer Flut von Schmäh- und Drohanrufen und -briefen türkischer Nationalisten "bedacht". Beides sehr unfein, aber offenbar ebenfalls nicht verboten bzw. nicht zu unterbinden.

Für die Aufklärung der Erschießung von Halim Dener sprach sich auf der Kundgebung auch Niedersachsens Justizministerin Alm-Merk aus. Angeprangert wurden dort von allen

Redenden die deutschen Waffentiefenlieferungen an den türkischen Staat, der damit seinen Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk betreibt, dem allein innerhalb der letzten drei Jahre bereits weit mehr als tausenddreihundert kurdische Dörfer (d.h. etwas mehr als die Hälfte aller bis dahin noch existierenden kurdischen Siedlungen auf dem Boden der Republik Türkei) zum Opfer gefallen sind, während die Überlebenden nach der systematischen Vernichtung ihrer Lebens- und Erwerbsgrundlagen

(Verbrennen der Felder, Zusammenschießen der Viehherden, Umlenken von Flußläufen und Austrocknen ganzer Landstriche) millionenfach die über Nacht von ihnen erbauten Elendshütten ohne Sanitäreinrichtungen, Wasser und Strom am Rande der Großstädte bevölkern und ohne eigene Einkünfte dahinvegetieren "dürfen".

Allein die Stadt Diyarbakir wuchs dadurch innerhalb von gerade mal drei Jahren von rund 250.000 Menschen auf heute weit über 1,5 Millionen Menschen an. In Ankara machen die Elendsviertel mindestens 60 % der Stadtbevölkerung aus. Aber auch in den Städten der Westtürkei liegt der Anteil der Gecekondular (= Viertel mit über Nacht errichteten Hütten) bei zwischen 30 und 50 %.

Als Anfang August "Monitor" im ARD einen Dokumentarfilm über den "Spezialkrieg" brachte, in dem auch von Internierungslagern, in die die Einwohnerschaft ganzer Dörfer wie Vieh getrieben werden und in denen Männer, Frauen und Kinder hinter Stacheldrahtverhau eingesperrt, vergewaltigt, auf andere Weise gedemütigt und gefoltert werden und in denen es an sanitären Anlagen, Essen und Trinkwasser fehlt, die Rede war, wurde in der anschließenden

Sendung

"Monitor im Kreuzfeuer" (im WDR), in der sich die verantwortlichen Redakteure live den Telefonanrufen des Publikums stellen, der dafür zuständige Redakteur von mehreren türkischen Nationalisten in eloquentem Deutsch telefonisch derart massiv "bearbeitet", daß er

des Vorgehens der türkischen Armee vorgeworfen, Propaganda für die PKK zu betreiben, was weder der Film noch seine Äußerungen dazu hergaben.

Dem Fernsehpublikum wurde jedenfalls deutlich, warum die Namen derjenigen, denen es gelungen war, trotz der schar-



Protestdemonstrationen wegen der Erschießung des Plakate klebenden kurdischen Jugendlichen Halim Dener durch einen deutschen Zivilpolizisten gab es auch in anderen Städten - wie hier in Berlin.

Foto aus: Rote Fahne (MLPD) Nr. 28/1994

kaum zu Wort kam. Insbesondere wurde ihm wiederholt unterstellt, daß von Konzentrationslagern gesprochen worden sei, ein Wort, das nicht gefallen war, das aber z.B. von der in der Türkei verbreiteten englischsprachigen Tageszeitung TURKISH DAILY NEWS benutzt wurde, die über "KZ-ähnliche Lager" berichtete. Ihm wurde wegen der Aufdeckung

fen Kontrollen in das Kriegsgebiet zu gelangen, und die diesen Film - von der türkischen Armee unbemerkt - gedreht hatten, auch in Deutschland nach wie vor verschwiegen werden müssen. Auch "Monitor"-Redakteure können also zu "Schirmherren des Terrors" aufsteigen.

"RECHTSSTAATLICH GESEHEN"

Am Tage der Kundgebung hielt sich die Polizei vornehm im Hintergrund, versäumte es aber nicht, möglichst viele Fotos von Anwesenden zu machen, die "verbotene Embleme" trugen. Und schon am Tag danach kündigte Niedersachsens Innenminister Glogowski "Ermittlungsverfahren" an, weil "bei dem Trauermarsch, rechtsstaatlich gesehen, einige Dinge nicht in Ordnung" gewesen seien. Ja ja, dieser "Rechtsstaat"! Wenig später wurde das "PKK-Verbot" vom Bundesverwaltungsgericht teilweise außer Kraft gesetzt; 21 der 35 verbotenen kurdischen Vereine wurden wieder zugelassen, da sich die Behauptung, sie seien von der PKK oder ERNK gesteuert, als aus den Fingern gezogen erwiesen hatte. Selbstverständlich habe die Bundesregierung mit ihrem Rundumschlag gegen die kurdischen Vereine nicht das kurdische Volk verfolgen, sondern lediglich die "Terroristen" von der PKK treffen wollen. Den kurdischen Vereinen müssen die als "Beweismittel" beschlagnahmten und mit Polizei-Lastkraftwagen abgeschleppten Tische, Stühle, Kochgeräte, Teller, Tassen, Besteck, Bücher, Zeitschriften, Filmrollen, Kameras, Videogeräte, Musikkassetten und -instrumente usw. sowie die Geldmittel zurückgegeben und vorgenommene Beschädigungen ersetzt werden.

Die Regierung wird künftig wieder deutlicher zwischen "guten" und "bösen" Kurden "differenzieren" müssen. Auch ansonsten erschienen etliche Behauptungen in Kanthers "Begründung" - wie z.B. die Schuldzuweisung des Brandanschlages in Wiesbaden, bei dem ein Mann ums Leben kam - dem Gericht nicht als erwiesen.

Der um seine angeknackste Autorität bemühte deutsche Staat kann offenbar nicht anders, als mit "Zuckerbrot und Peitsche" zu arbeiten.

Forderungen, die sich schlüssig aus diesem Urteil ergeben, sind:

Gerichtsverfahren wegen gewaltsamer Besetzung der versiegelten Vereinsräume sind einzustellen, da ja die Versiegelung unrechtmäßig war, Rechtsanwälte aus der Staatskasse zu bezahlen. Zahlreiche weitere Verfahren wegen Folgeaktionen der um ihr Recht kämpfenden Betroffenen und Handlungen der Polizei im Zusammenhang damit (z.B. bei der auf dem Verbot der Vereine fußenden Bekämpfung der Newroz-Feiern und der daraufhin erfolgten Autobahnbesetzungen) sind auf ihre Rechtmäßigkeit bzw. Zulässigkeit hin zu überprüfen, Verurteilungen gegebenenfalls außer Vollzug zu setzen und aufzuheben. Dabei erfolgte Dokumentationen seitens der Polizei (z.B. Fingerabdruck- und Lichtbildkarteien, Computer-Einspeicherungen von Personendaten, Videofilme usw.) sind zu vernichten. Rufschädigungen und Mißhandlungen sowie vor dem Hintergrund des Vorgehens gegen Betroffene erfolgte Entlassungen aus Arbeits- und Mietverhältnissen sowie der Entzug von den Betroffenen rechtlich zustehenden Leistungen sind wiedergutmachen; Abschiebeverfahren sind einzustellen, die in Abschiebehaft Genommenen aus der Haft zu entlassen und für die an ihnen vollzogenen Zwangsmaßnahmen zu entschädigen. Kosten für Krankenhausbehandlungen von Verletzten (auch auf Seiten der Polizei) sind vom Staat zu übernehmen. Gleiches gilt für Sachbeschädigungen. Gegebenenfalls ist Zurückholung von zwangsweise Abgeschobenen notwendig (soweit die Betroffenen

noch leben und auffindbar sind). Todesfälle sind zwar nicht mehr zu reparieren, müssen aber als unmittelbare oder mittelbare Folgen von Unrechtshandlungen der deutschen Staatsgewalt anerkannt und Familienangehörige entsprechend entschädigt werden. Von alledem betroffen sind mit Sicherheit einige zigtausend Menschen.

Angemerkt sei noch, daß Ende Juli in Hannover ein Aufruf zu einer Gegendemonstration der "anständigen Deutschen" verteilt wurde, in dem den "PKK-Terroristen" vorgeworfen wird, in Deutschland "anatolische Verhältnisse" herzustellen, indem sie - obwohl nur Gäste hierzulande - deutsche Polizisten bei lebendigem Leib verbrennen wollten, deutsche Polizeireviere überfielen, für deutsche Gesetze nur Hohn und Spott hätten, Deutsche mit Drogen vergifteten und Schutzgelder erpreßten. Unterzeichnet worden war das Flugblatt von Mitgliedern der StadtPartei, der CDU und einer Wählervereinigung für Hannover. Aus der beabsichtigten Gegendemonstration, die "auf jeden Fall noch im Sommer stattfinden" sollte, wie der besonders rührige Uwe Gattermann von der StadtPartei der Presse gegenüber von sich gab, wurde bisher allerdings nichts, und von den "SchülerInnen gegen Nazis" wurde gegen die Unterzeichner des Flugblattes Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt.

DIE GESCHÄFTE DES HERRN SCHRÖDER

Die offenen Faschisten oder ihre auf diese schmutzige Weise Wahlkampf betreibenden Hauptmatadoren mögen vielleicht belangt werden, weil ihre öffentlichen Erklärungen Ärger erregen und sie selbst gegen die "deutschen Gesetze", auf die sie sich so lauthals berufen haben, verstoßen haben.

Anders sieht es freilich mit einem Hauptstandbein der ehrenwerten deutschen Wirtschaft, der Rüstungsindustrie, aus.

Nun, die jüngste Kreation der Waffenproduzenten für den Einsatz in Kurdistan, Splitterbomben* mit zeitverzögerter Zündung und daher von den kurdischen Menschen auf dem Lande zunächst für Blindgänger gehalten, die dann um so verheerender wirken, hergestellt von dem deutsch-niederländischen "Joint Venture" Eurometaal, finden von Niedersachsen aus immer noch den Weg zu ihren Abnehmern bei der türkischen Generalität, und über dieses Geschäft, das ja auch so viele Arbeitsplätze sichert, hält Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder, der von KOMKAR und den mit KOMKAR in letzter Zeit verbündeten anderen kurdischen Organisationen gern als Freund des kurdischen Volkes betrachtet wird, weiterhin seine schützende Hand.

Noch eine Woche vor der Erschießung von Halim Dener hatte in Frankfurt eine zwischen 50.000 und 100.000 Menschen starke kurdisch/deutsche Großdemonstration "für eine friedliche politische Lösung in Kurdistan" an die Bundesregierung appelliert, ihren mäßigenden Einfluß auf die türkische Regierung geltend zu machen. Nun, wie dieses Maßhalten in Bonn einmal mehr verstanden wird, sollte sich einen Monat später zeigen: Man setzt weiterhin auf das Pferd namens Republik Türkei.

DIE SCHWIERIGKEITEN DES GROSSKUNDEN TÜRKEI ...

Dieser brave Gaul hatte gerade eintägige massenhafte Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen gegen die allgemeine Verelendung und auch gegen den Krieg in Kurdistan hinter sich, der zu Lasten der

Völker der Türkei finanziert wird. So konnte man z.B. auf Transparenten gewerkschaftlicher Grundorganisationen lesen: "Kirli savaşın ödemiyoruz!" (= Wir zahlen nicht die Rechnung für den schmutzigen Krieg!)

Die 20.-Juli-Aktion fand auf der Grundlage der Istanbul Gewerkschaftsplattform im ganzen Lande statt. Sie richtete sich auch gegen die Massenentlassungen von Kommunalbediensteten, die von den - seit den letzten Kommunalwahlen weitgehend von der klerikalfaschistischen Wohlstandspartei (Refah Partisi) des Professor

Bergarbeiterregion Zonguldak beispielsweise war - auch wenn gerade unter den Bergleuten die religiöse Bindung bis heute besonders stark ist - eine Beteiligung von praktisch 100 % der gesamten Bevölkerung erreicht worden, was für einen sehr guten Umgang der Organisatoren mit den Widersprüchen im Volk spricht.

Auf diese Aktion, die fast schon das Niveau eines Generalstreiks erreichte, hatte die Regierung Çiller keineswegs mit einem Einlenken bei ihrer dem IWF verpflichteten monetaristischen Politik reagiert, sondern mit einer mit großem Tamtam



Der türkischen Regierung bläst zur Zeit der Wind ins Gesicht. Ausschnitt aus einer zigtausend Menschen starken Massendemonstration am 20. Juli auf dem Metro-Platz im Istanbul Stadtteil Aksaray. Das helle Transparent im Vordergrund trägt die Parole "Für Arbeit, Brot und Freiheit Generalstreik und allgemeiner Widerstand", das dunkle rechts im Bild die Parole "Dem Imperialismus und Faschismus wird der Kampf angesagt" (alle Transparente sind von gewerkschaftlichen Grundorganisationen unterzeichnet).

Foto aus: Emegin Bayragı (revolutionäre sozialistische Wochenzeitung) Nr. 124 (23.-30.07.94)

Erbakan beherrschten - Gemeindeverwaltungen in fast schon kriecherischer Erfüllung der durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierten Sparmaßnahmen vorgenommen worden waren. Fast vier Millionen Beschäftigte beteiligten sich an der Aktion. So viele Menschen hatten sich noch nie zuvor in der Geschichte der Republik Türkei an einem Streik beteiligt. In der

verkündeten Umbesetzungsaktion bei den Regierungsämtern, um so ein weiteres Zugpferd des Reformismus ins Rennen zu bringen: Neuer Außenminister ist jetzt Müdaz Soysal, ehemaliges Mitglied der an der Perestrojka Gorbatschows ausgerichteten, inzwischen in die ewigen Jagdgründe eingegangenen TKP, also ein "geläuterter Kommunist", wie das

Staatsfernsehen TRT lang und breit zum besten gab.

Die deutlich mit dem Ziel der Herbeiführung eines Generalstreiks organisierten und in den türkischen Medien nahezu totgeschwiegenen Streikaktionen vom 20. Juli wurden geordnet beendet. Auch wenn das Ziel nicht ganz erreicht wurde, hatte die türkisch/kurdische Arbeiterklasse schlaglichtartig aufblitzen lassen, welche Kraft in ihr steckt.

... UND WIE MAN IHM AUS DER PATSCHE HILFT

Natürlich will da die Bonner Regierung bei der Fütterung ihres Rennpferdes namens türkische Regierung, die mit ihrer Politik zwar die Völker der Türkei weiter ins Elend stürzt, dem deutschen Finanzkapital jedoch und den 300 auf türkischem Boden tätigen und mit Hermes-Bürgschaften abgesicherten deutschen Firmen (viele davon ebenfalls im lukrativen Rüstungsgeschäft) Gewinne einfährt, nicht hinter der niedersächsischen Regierung her hinken.

Der Ende Juli auf der Bonner Hardthöhe weilende, gegen Proteste aus der Bevölkerung bestens abgeschirmte hohe Gast bei Bundesverteidigungsminister Rühe, der türkische Generalstabschef Doğan Güreş, kann zufrieden nach Hause zurückkehren. Noch vor kurzem hatte er das Zusammentreiben der kurdischen Landbevölkerung in Internierungslagern damit begründet, dem Gegner die Nachschubwege zu zerstören; die Melodie "Emptying the water for catching the fish"*** (auf gut deutsch: Entvölkerung des Landes und Einsperren eines ganzen Volkes, um seine Freiheitskämpfer zu vernichten) ist offenbar für die, denen jetzt ein verfassungsgerichtlicher Freibrief zum weltweiten "Friedenschaffen" nicht nur mit deutschen Waffen, sondern auch mit deutschen Soldaten

verliehen worden ist, ein Ohrwurm. (Da gewinnen doch solch ehrgeizige Projekte wie "Jäger 90" bzw. "Eurofighter" - Stückpreis 150 Millionen Mark - wieder ihren militärischen Sinn, und man kann in naher Zukunft die von der Nationalen Volksarmee der DDR übernommenen, weniger guten MIG-Jäger ebenfalls verhökern. Ob das auch schon beim Tête-à-Tête zwischen Rühe und Güreş gesprächsweise angeklungen war?)

In einem "fünften Materialpaket" im Werte von knapp 4 Millionen Mark befinden sich nicht nur 1,2 Millionen Schuß Spreng-Brand-Munition** für 20-mm-Kanonen mit Reichweiten bis zu 2 km für "weiche Ziele" (also menschliche Körper), leihweise wird dem türkischen Militär "zu Erprobungszwecken" auch der Kampfpanzer Leopard 1A5 und die Haubitze FH 70 überlassen; vielleicht heißt ja der künftige Werbeslogan deutscher Waffenproduzenten: "deutsche Wertarbeit, erfolgreich getestet in Kurdistan". Und der deutschen Öffentlichkeit war - kein halbes Jahr ist es her - mal wieder etwas von einer wegen bis Jahresende bereits erfolgter Erfüllung der Lieferverträge sowieso auslaufenden Waffenhilfe erzählt worden. Aber das Verscheißern des deutschen Volkes gehört ja eh zum Programm der Bonner Regierung.

"BRUDER HANS" WEISS EBEN, WURUM ES GEHT

Ja, für "Bruder Hans" ist der tödliche Schuß auf den 16jährigen Halim Dener vermutlich nur ein ärgerlicher Betriebsunfall, der die Wellen der Erregung hierzulande unnötig hochgespült hat; das wäre ja nicht passiert, wenn dieses Opfer - wie viele andere auch schon - vorher bereits in sein Herkunftsland abgeschoben worden wäre und man das

Töten den dem türkischen Staat dienenden (und von "unserer" GSG 9 ja bestens geschulten) Kollegen von POM Klaus T. überlassen hätte; der wird seinen Prozeß bekommen; "wir" müssen da ja - wie sagte es doch gleich Niedersachsens Innenminister Glogowski - "rechtsstaatlich gesehen, einige Dinge in Ordnung" halten.

"Bruder Hans" hat eben - im Unterschied zu denen, die immer noch auf seinen mäßigen Einfluß hoffen - längst verstanden, worum es geht; im Unterschied zu seinem getreuen Paladin - der sich aus dem unheilswangeren (und mit der ihm durch das Finanzkapital verordneten Medizin unheilbaren) Mangel an harter Währung die dazu erforderlichen Musikinstrumente nicht leisten kann - beherrscht er die Melodie "Rechtsstaat and seine Grenzen" geradezu virtuos; und Beobachterdelegationen auch aus Deutschland nach Kurdistan dürfen (und müssen) weiterhin ihre Augen und Ohren offenhalten, um der deutschen Öffentlichkeit über die in den Brunnen gefallenen (oder besser: geworfenen) Kinder Bericht zu erstatten und, wo möglich, ihr Ertrinken (oder besser: Ertränken) verhüten zu helfen ...

*) Splitterbomben sind kugelförmige Gebilde mit einem Stahlmantel, die bei der Explosion eine Anzahl kleinerer Stahlkugeln freigeben, welche sich über das Gelände verteilen, dort ebenfalls explodieren und dabei zahllose scherbenartige Stahlsplitter freigeben, die mit großer Geschwindigkeit flach durch die Luft fliegen. Im menschlichen Körper hinterlassen sie sogenannte Schrapnellwunden; eine Schrapnellwunde im Kopf oder Brustkorb ist meist tödlich.

**) Spreng-Brand-Munition explodiert im Innern von weichen Zielen und setzt diese zugleich in Brand. Im menschlichen

Körper wirken solche Geschosse zunächst wie Dum Dum-Geschosse und setzen danach von innen das Fleisch um die dort aufgerissenen Wunden herum in Brand. Im Rumpf wirken sie meist tödlich, in den Gliedmaßen macht ihre Wirkung deren alsbaldige Amputation erforderlich, sofern rechtzeitig ein Operateur zur Stelle ist und der getroffene Mensch nicht vorher stirbt; Ärzte sind aber in kurdischen Dörfern in aller Regel nicht vorhanden.

***) Das Bild von dem "Abschöpfen des Wassers, um den Fisch zu fangen", wurde weiland durch den US-General Westmoreland publik gemacht, der damit eine Formulierung von Mao Ze-dong über die Anforderung an kommunistische Kader, nämlich in der Bevölkerung wie Fische im Wasser zu schwimmen, ummünzte und sich in ständigen Prahlereien darüber erging, die "Banditen" in Vietnam bald vernichtet zu haben. Die sogenannte Dschungelentlaubung, d.h. die massenhafte Verseuchung der vietnamesischen Bevölkerung mit dem nach Rezepten von Boehringer in Hamburg bei Dow Chemical hergestellten Giftgas Agent Orange und die Zusammenpferchung der Überlebenden in mit unter Starkstrom gesetztem Stacheldrahtzäunen umgebenen "Wehrdörfern" rechtfertigte er mit der Bewahrung der (im US-Soldaten-Jargon als "Chinks" - Schlitzaugen - bezeichneten) Menschen Vietnams vor dem "Bazillus" Vietkong. Sie hat den Gegner nicht besiegen helfen, sondern das vietnamesische Volk nur noch erbitterter über die Yankees gemacht. Noch nach Jahrzehnten sind in großen Teilen Vietnams sehr viele Kinder in den verseuchten Gebieten mit erheblichen körperlichen Schädigungen zur Welt gekommen.

POLIZEI ÜBERFÄLLT KURDISCHE FAHRRADFAHRER

Ihre eigenen "Schlüsse" aus dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil betreffend die kurdischen Vereine zieht die Bundesregierung. Eine vom Mesopotamischen Jugendhaus Köln e.V. und YEK-KOM (= Föderation kurdischer Vereine in Deutschland) sowie von den Grünen, der PDS, YXK (= Kurdischer StudentInnenverband) und den Vertretungen der Studierenden mehrerer deutscher Universitäten unterstützte und zunächst auch genehmigte Fahrradtour von rund 150 überwiegend kurdischen Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 25 Jahren, die am 18. August von Bonn aufbrechen und am 27. August zur Tagung der UNO in Genf eintreffen wollte, um dort ihren Protest gegen die systematische Entvölkerung Kurdistans vorzutragen, sah sich plötzlich von zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei umstellt.

Die Polizei verlangte zunächst, daß die Jugendlichen T-Shirts ausziehen sollten, auf denen das Bild des von einem deutschen Polizisten erschossenen Halim Dener aufgedruckt war. Als die Jugendlichen dem Folge leisteten, wurde erst einmal die langwierige Prozedur einer Ausweiskontrolle durchgeführt. Nachdem die Jugendlichen auch diese friedlich hatten über sich ergehen lassen, eröffnete ihnen die Polizei, daß sie die Fahrradtour nicht erlauben werde, ohne einen weiteren Grund zu nennen. Daraufhin zogen die Jugendlichen ihre T-Shirts wieder an, setzten sich mitten auf den Platz und riefen Parolen wie: "Gestern Juden, heute Kurden!" - "Wir sind alle PKKler!" Als hätte die Polizei nur darauf gewartet, ging sie nun mit Schlagstöcken und Tränengas auf die Jugendlichen los, drosch auf die Sitzenden ein, wobei einkurdisches Mädchen lebensgefährliche Verletzungen (Gehirnblutung) davontrug und ein deutsches Mädchen an den Beinen quer über den Platz geschleift wurde, nahm viele fest und zerstörte die Fahrräder. Einem Teil der Jugendlichen gelang es, sich in ein am Platz gelegenes Gebäude der Post zurückzuziehen, wo sie sich verschanzten, ohne die Postbeamten und Kunden in deren Bewegungsfreiheit zu behindern. Auch sie wurden schließlich überwältigt und in Plastikfesseln abtransportiert. Einen Tag später wurden die Jugendlichen alle wieder auf freien Fuß gesetzt; jedoch auf Veranlassung des Bundesinnenministeriums wurde gegen die meisten von ihnen ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs und Freiheitsberaubung eingeleitet. Außerdem hat Kanther mal wieder verlauten lassen, er wolle prüfen lassen, ob die kurdischen Jugendlichen nicht in die Türkei abgeschoben werden könnten. (Details vgl. Antifaschistische Nachrichten 17/94)

ANTIFASCHISTISCHES WORKCAMP IN BUCHENWALD

Ich bekam jedesmal eine Gänsehaut, wenn ich auf einem der Steine aus dem Steinbruch des Konzentrationslagers Buchenwald stand, von denen ein Häftling des Lagers nach getaner Tagesarbeit im Steinbruch einen zum Straßenbau innerhalb des Lagers hat schleppen müssen, damit die morastigen Wege innerhalb des Barackenbereichs begehbar waren.

Wenn man durch das Haupttor geht, über dem in Schmiedeeisenarbeit der aus der Zeit des römischen Imperiums überkommene Spruch prangt: "Jedem das Seine", hat man ein riesiges freies Feld vor sich; von den Baracken, die dort mal standen, sind jetzt nur noch schwarze Flächen, wo die Steine fehlen, zu sehen, sonst nichts mehr; aber die Vorstellung, daß an dem Ort, wo man gerade steht, Tausende von Häftlingen untergebracht waren, mißhandelt und zu einem großen Teil umgebracht worden sind, überwältigt mich auch heute noch, ein halbes Jahrhundert danach.

Als ich dieses Jahr dort war, herrschten 35 Grad Hitze, die Steine und überhaupt der Boden waren heiß. Mir lief der Schweiß den Rücken hinunter, allein als ich - unbelastet - den Weg von dem ehemaligen Barackengelände zum Steinbruch ging, um die Orte des Geschehens zu besichtigen. Wie gesagt: Ich bekam eine Gänsehaut.

GEDENKSTÄTTENARBEIT
IST FESTHALTEN VON
ERINNERUNG ALS
LEBENDIGE
GESCHICHTE, NICHT ALS
NOSTALGIE

Ich wußte bereits seit einigen Jahren, daß es jedes Jahr Anfang August die antifaschistischen Workcamps gibt (das deutsche Wort "Arbeitslager" wird offenbar mit Absicht vermieden, um eine Verwechslung mit Nazi-Zwangsarbeitslagern zu vermeiden). Ich halte das, was dort gemacht wird, für eine sinnvolle Arbeit; es ist eine andere Art des Kampfes gegen den Faschismus, nämlich die Erinnerung an die Greuel des Faschismus an der Macht wachzuhalten, um sie im Kampf gegen den Faschismus als Bewegung oder im Staatsapparat immer wieder präsent zu haben. Es gibt unterschiedliche Ebenen des Kampfes gegen den Faschismus, und die Erinnerungsarbeit ist eine davon. Die Vorstellung, daß der Kampf gegen Faschismus allein aus zwei- bis dreistündigen Spontanaktionen oder dem bloßen Reagieren auf faschistische Aktionen bestehen sollte, wie es von manchen sich als antifaschistisch verstehenden Kräften verstanden wird, geht nicht an die Wurzeln und hat keine Perspektive in die Zukunft.

Bei der Workcamp-Arbeit ist man eine Woche lang 24 Stunden am Tag mit der Aufarbeitung des Faschismus konfrontiert, wobei es nicht nur um Grasjäten und dergleichen wichtige Aufgaben geht. Dieses Jahr waren Freilegungs- und Pflegearbeiten am ehemaligen Häftlingskrankenrevier, am Lagerbahnhof, wo die Häftlinge und

die Materialien für die Rüstungsproduktion angekommen und die fertigen Gewehre abtransportiert worden waren, und die Fertigstellung des Ortes, an dem sich die Fleckfieberversuchsstation der IG Farben befunden hatte, an der Reihe.

Es geht aber auch um politische Diskussionen in größeren Gruppen und in Einzelgesprächen und auch darum, intensivere Kenntnis von den Menschen zu erhalten, die sich an einer solchen Arbeit beteiligen, sowie teilweise auch von ehemaligen Häftlingen und von den Menschen, die in der Nähe des Lagers wohnen und sich natürlich darüber auch ihre Ansichten gebildet haben.

Ich bin kein Inländer, war aber der einzige Nicht-Inländer in dem Camp, das sowohl aus Zelten als auch aus Bungalows bestand. Dazu gehörten dieses Jahr etwa hundert Personen, die aus unterschiedlichen politischen Gruppen und auch als Unorganisierte (wie ich) dorthin gekommen sind. Sie kamen aus verschiedenen Bundesländern, überwiegend aber aus den neuen Bundesländern. Vom Alter her waren sie zwischen etwa 17 und 45 Jahren. Ich bin nicht deutscher Herkunft, aber der Kampf gegen den Faschismus ist ja international, so wie der Faschismus ein internationales Phänomen ist und daher auch auf deutschem Boden nicht eine bloß deutsche Angelegenheit. Im Konzentrationslager Buchenwald beispielsweise waren Häftlinge aus 32 Nationen eingesperrt.

Was mich betrifft: Ich bin hier in Deutschland natürlich mit den tagtäglichen Problemen vor Ort, die der Kapitalismus den Werktätigen und den Jugendlichen

hier bereitet (wobei die nicht-inländischen stärker betroffen sind als die inländischen), mehr konfrontiert, als ich von den Verhältnissen im Herkunftsland meiner Eltern berührt bin. Das heißt nicht, daß mich die Probleme dort nicht interessierten. Aber der aktive Kampf wird da geführt, wo man mit den Widersprüchen konfrontiert ist. Dies gilt im Prinzip auch für viele junge Menschen, die an dem türkisch-kurdischen kommunistischen Jugendlager teilgenommen hatten, von wo ich vorzeitig aufgebrochen bin.

Unter denen, die am Workcamp teilnahmen, konnte man im wesentlichen drei politische Tendenzen erkennen:

UNTERSCHIEDLICHE TENDENZEN UNTER DEN WORKCAMP-TEILNEHMER/INNEN

Zum einen waren Menschen des autonomen Spektrums vertreten, die zwar gegen etwas sind, aber keine Klarheit darüber haben, wofür sie sind. So ist mir beispielsweise aufgefallen, daß sie bei 35 Grad Hitze in schwarzer Verkleidung mit dunklen Sonnenbrillen und schwarzen Kappen auf einer gemeinsamen Demonstration in Weimar mitgelaufen waren und auch schon am gemeinsamen Info-Tisch vor Beginn der Demonstration herumgestanden hatten. Sie wurden natürlich von niemandem angesprochen, sondern eher neugierig bis scheu betrachtet und brauchten sich daher auch einer Auseinandersetzung mit den Menschen nicht zu stellen.

Zweitens gab es Menschen, die offenbar noch in der SED-Tradition standen (PDS, DKP), auch wenn bei ihnen die Meinung vorherrschte, aus den SED- bzw. DKP-Fehlern gelernt zu haben; dennoch vertraten sie, von einigen Glättungen abgesehen, die gleichen

Vorstellungen wie früher. So haben sie auch heute noch ein ähnliches Modell von Sozialismus im Kopf, wie es die DDR dargestellt hat. Ich war enttäuscht, daß sie offenbar Bücher, die sie damals wohl auswendig gelernt haben, nicht noch einmal kritisch in bezug auf die Praxis neugelesen haben. Jetzt, wo die Menschen hierzulande auf der Suche nach Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind, haben sie nichts als ihre alten Muster anzubieten. Von einem PDS-Mitglied erfuhr ich, daß seiner Ansicht nach die DDR deswegen pleite gegangen sei, weil die Führung stalinistisch gewesen sei. Dabei hat sie sich doch seit den 60er Jahren offenkundig als antistalinistisch verstanden und war darauf sogar stolz gewesen. Also auswendig gelerntes Schlagwortwissen ohne inneren Zusammenhang.

Die dritte Tendenz hatte die nach meiner Meinung interessantesten Perspektiven oder war zumindest für Argumente offen: Es waren überwiegend junge Menschen aus der ehemaligen DDR, aber auch einige



aus den alten Bundesländern, die die Ansicht vertraten, daß die DDR, soweit sie sie erlebt hatten, mit Sozialismus nichts zu tun hatte. Es fehlte ihnen allerdings die Kenntnis, daß es Ende der 50er Jahre eine Auseinandersetzung zwischen den

kommunistischen Parteien gegeben hat, die zwischen ihnen zum Abbruch der Zusammenarbeit geführt hat, und daß damals von den dominierenden Kräften im sogenannten sozialistischen Lager politische Positionen durchgesetzt worden sind, die inzwischen deutlich sichtbar zum Kapitalismus geführt haben. Diese jungen Leute waren zum Teil unorganisiert, zum Teil in der Internationalen Jugend (IJ) organisiert.

NIEDERGEDRÜCKT SIND DIE "OSSIS" NICHT ..

Auch die Bevölkerung der DDR insgesamt hat offenbar von diesen Auseinandersetzungen nicht viel mitbekommen, wie ich aus Gesprächen mit Umwohnern entnehmen konnte. Kommunisten saßen ja schon früh dort im Gefängnis, weil sie angeblich "Stalinisten" waren; das war den meisten meiner Gesprächspartner nicht bewußt. Sie haben allerdings in anderer Hinsicht mein durch Fernsehen usw. in Westdeutschland geprägtes Bild von den "Ossis" deutlich korrigiert. Ich hatte mir eingebildet, daß es sich um Menschen handle, deren Eigeninitiative und Selbstbewußtsein von dem SED-Regime systematisch untergraben worden sei, und stellte nun fest, daß das ganz und gar nicht stimmt. Auf die Frage, wie sie denn 40 Jahre lang unter einem solchen Regime haben leben können, kam von einem meiner Gesprächspartner die Gegenfrage, wieso es denn die "Wessis" so lange unter einem Regime haben aushalten können, das ständig mit dem SED-Regime kooperiert hat. Eine durchaus berechtigte Frage.

Ein tüchtiger Schuß Spott, aber auch Selbstverhöhnepielung kommt in einem im Osten umlaufenden Witz zum Ausdruck, offenbar gemünzt auf einen, der gern als der Einigungskanzler in

die Geschichte eingehen möchte:

Ossi: "Du hast dein Versprechen gebrochen!"

Wessi: "Macht nichts, kriegst ein neues."

BUCHENWALD: EINZIGES SELBSTBEFREITES KONZENTRATIONSLAGER

Das Konzentrationslager Buchenwald hat eine besondere Bedeutung, und zwar sowohl hinsichtlich seiner Vergangenheit als auch im Hinblick auf die Zukunft. Es ist das einzige Konzentrationslager gewesen, dessen Häftlinge sich selbst befreit haben.

Schon lange vor der Befreiung hatte es ein illegal arbeitendes Lagerkomitee gegeben, das bei der Fertigung von Rüstungsgütern Sabotageakte organisierte und heimlich Waffenteile ins Lager schaffte, um sie dort zusammenzubauen. Es bestand vor allem aus deutschen Kommunisten, aber auch aus Kommunisten aus der Sowjetunion, aus Frankreich, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und anderen Vertretern des internationalen Lagerkomitees. Daß den Kommunisten bei der Vorbereitungsarbeit für die Selbstbefreiung das Hauptverdienst zukommt, bestätigte auch der österreichische Sozialdemokrat Benedikt Kautsky, der ebenfalls in Buchenwald inhaftiert war: "Ich als Sozialdemokrat lege auf die Feststellung (daß die deutschen politischen Häftlinge das Lager in den letzten Tagen beispielhaft führten) um so größeren Wert, als es sich in den verantwortlichen Stellen fast ausschließlich um Kommunisten handelte, die in vorbildlicher internationaler Solidarität allen Antifaschisten ohne Unterschied der Partei, Nation und Konfession ihre Hilfe zuteil werden ließen."

Unter den 56.000 ermordeten Häftlingen gab es neben den

politischen Gegnern des Naziregimes auch Juden, Zigeuner, Homosexuelle, katholische und protestantische Geistliche - Personenkreise, die in der DDR höchstens am Rande erwähnt worden waren. Der prominenteste Ermordete allerdings war Ernst Thälmann, den man im August 1944 vom Zuchthaus Bautzen hierhergebracht und - ähnlich wie man es mit den Volkskommissaren der Roten Armee gemacht hatte - durch Genickschuß getötet hatte. Trotzdem wagten es die Nazis nicht, dies offen zuzugeben, sondern behaupteten in ihrem Rundfunk, Thälmann sei bei einem Bombenangriff der Amerikaner auf das Lager ums Leben gekommen.

Bei einer alternativen Stadtrundfahrt sagte uns die pädagogische Leiterin, eine Polin, man könne über Thälmann ja verschiedener Meinung sein, jedoch habe sie Hochachtung vor einem Mann, der 12 Jahre lang unter der Nazidiktatur gefangengehalten worden sei, ohne daß man ihn habe brechen können. Sie sagte das im Zusammenhang mit dem augenblicklichen Streit um die Thälmannstatue in Weimar, die Vertreter des Staates gern entfernt sähen. Gegen dieses Ansinnen war eine Bürgerinitiative

aufgetreten, hat sich aber nur so weit durchsetzen können, daß die Statue zwar vom Sockel genommen, aber nicht restlos beseitigt wird. Wenn sie erst einmal unten steht, können Nazis sie allerdings leichter umkippen.

DER ANTIFASCHISTISCHE KAMPF IST ALS TEIL DER DEUTSCHEN GESCHICHTE ZU BETRACHTEN

Ich möchte dazu bemerken: Man ist in Deutschland stolz auf den Widerstand, der während der Nazizeit von Leuten wie z.B. Weizsäcker geleistet worden sein soll. Die deutsche Geschichte damals bestand nicht nur aus dem Hitlerfaschismus, sondern der Widerstand dagegen ist Teil der deutschen Geschichte. Auf der einen Seite legt man Wert darauf, daß es Widerstand gegeben hat, aber wenn es darauf ankommt, konkret zu werden und aufzuzeigen, wie dieser Widerstand ausgesehen hat und wer ihn getragen hat, möchte man am liebsten alles vertuschen und den Widerstand in Nebel verhüllen. Die Absicht der Vertreter des Staates, z.B. die Thälmannstatue zu entfernen, weist in die Richtung, den Widerstand selbst totzuschweigen und

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstr.5 44787 Bochum 1Tel.:0234 -12051/ 52

Leute, die damals geschwiegen oder sogar mitgemacht haben, wie z.B. Adenauer oder Strauß, auf Geldmünzen zu ehren. Das zeigt die wahre Haltung der jetzigen Regierungs-"Demokraten" gegenüber dem Faschismus.

So ist mir aufgefallen, daß nach der "Vereinigung" der beiden deutschen Staaten ein anderes Geschichtsbild über Buchenwald produziert wird: Schon unter DDR-Zeiten kündigte sich an, was jetzt voll durchgezogen wird. Seit langem wird Buchenwald als eine Art Wallfahrtsort von Neonazis behandelt, wobei auch immer wieder Anschläge auf die Gedenkstätte ausgeübt wurden. Der Nazianschlag vom 22. Juli war in der Sicherheit nicht der erste und ist wahrscheinlich auch nicht der letzte Anschlag. Wenn die Polizei heute dabei nicht eingreift oder erst tätig wird, wenn die Weltöffentlichkeit bereits reagiert hat, so zeigt sich darin auch, daß die Polizei in den neuen Bundesländern ihre Legitimität zutiefst in Frage gestellt sieht. Das jedenfalls ist Wasser auf den Mühlen der Nazis.

Aus den Reihen der IJ kam der Vorschlag, sich um die Statue von Ernst Thälmann zu kümmern und das Gras darum zu jäten; dieser Vorschlag fand Unterstützung vor allem unter den nicht organisierten Jugendlichen aus Ostdeutschland; auch ich schloß mich dieser Initiative an. Da wir kein Gartengerät hatten, ich aber in der Nachbarschaft jemanden in seinem Garten arbeiten gesehen hatte, sprach ich ihn darauf an, ob er uns Hacke und Harke leihen könne. Als er hörte, daß es um die Thälmannstatue ging, war er sehr erfreut, gab uns bereitwillig

die benötigten Geräte und versprach auch, die von uns besorgten Blumen regelmäßig begießen zu wollen.

DIE NAZIANSCHLÄGE SIND NICHT DER EIGENTLICHE SKANDAL

Die Nazianschläge sind nur ein besonders augenfälliger Ausdruck einer allgemeinen Wende. Der Brandanschlag auf das



Demonstration am Rande der Kundgebung in Buchenwald: Widerstand gegen Rechts. (AP-Funkbild)

Konzentrationslager Sachsenhausen in Berlin-Oranienburg beispielsweise (das ich mir letztes Jahr angesehen hatte) war eigentlich weniger skandalös als der Versuch, es durch ein Einkaufszentrum zu ersetzen.

Die "Gnade der späten Geburt" würde wohl am liebsten einen "barmherzigen" Mantel des Vergessens und Vergebens (wer hat hier wem zu vergeben?) über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte legen; aber das geht natürlich nicht. Und so hat sie eine Neubewertung ausfindig gemacht.

ZWEI LAGER-TRADITIONEN IM WIDERSTREIT

Die Wende zeigt sich unter anderem an folgendem: Eine Selbstbefreiung der Buchenwaldhäftlinge soll es nicht

gegeben haben, sondern sie sollen jetzt von der US-Armee befreit worden sein. Daß deren Näherrücken mitgewirkt hat, war nie geleugnet worden. Jetzt aber soll nur sie das Lager befreit haben. Ja, das Konzentrationslager von 1937 bis 1945 soll sogar zugunsten einer Nachkriegstradition des Lagers in den Hintergrund gedrängt werden, wobei jetzt schon die Namen der Ärzte, die Häftlinge als

Versuchsobjekte benutzt haben, um gewisse Produkte der chemischen Industrie zu testen, verschwunden sind; auch die Namen der Firmen wie IG Farben, Thyssen, BMW usw., die von der billigen Arbeitskraft von Buchenwaldhäftlingen profitiert haben, sind gelöscht worden. Das sind erste Schritte dazu, die Lager der Nazis totzuschweigen.

Buchenwald soll dennoch weiterexistieren, als eine Gedenkstätte für "Totalitarismus". Das heißt: Jetzt werden zahlreiche Broschüren, Informationsblätter usw. gedruckt, um die Täter zu Opfern zu erklären, nämlich diejenigen, die im Internierungslager ("Speziallager 2") der sowjetischen Besatzungsmacht von 1945 bis 1950 saßen. Es wird behauptet, dort hätten massenweise Unschuldige gegessen, und die sowjetische Armee habe dort Massenmord verübt. Nun, wo die Häftlinge der Hitlerzeit langsam "aussterben", werden andere Zeitzeugen gesucht: die Häftlinge der Roten Armee. Ich will nicht leugnen, daß es unter denen, die damals ins Internierungslager kamen, auch Unschuldige gegeben haben mag. Wo aber sind dann die Schuldigen geblieben? Haben sie sich vielleicht dort auch - wie es im Westen vielfach geschah

- als vom Vorwurf des Nationalsozialismus Reingewaschene darin hervorgetan, Unschuldige als Nazis zu denunzieren?

Als Zeitzeugen melden werden sich sicher die Unschuldigen, denn die Schuldigen müßten ja Enttarnung riskieren. Und auch wenn es nur wenige sein werden, die sich melden, wird das Bild dann praktisch verfälscht.

Von den 14.251 durch die Rote Armee in Buchenwald Internierten sollen in den 6 Jahren bis zur Auflösung des Internierungslagers 479 Menschen dort gestorben sein. War das der Massenmord, den es dort gegeben haben soll? Auch von den Menschen, die nicht eingesperrt waren, sind im Nachkriegsdeutschland nicht wenige an den durch den Krieg hinterlassenen Verhältnissen gestorben. Von den 13.772 überlebenden Personen wurden 9.230 entlassen, 4.537 an die Behörden der 1949 gegründeten DDR übergeben und 5 deportiert. Das sind die offiziellen Angaben vom Juni 1994, herausgegeben von der Gedenkstätte Buchenwald, Arbeitsstelle "Speziallager 2".

Kann man im Ernst das mit dem Konzentrationslager der Nazis auf eine Stufe stellen, wo rund 240.000 auf demselben Raum untergebracht waren und von diesen 56.000 vergiftet, erhängt, erschossen und auf andere Weise ermordet worden sind?

In einer Examensarbeit (Verfasserin Gudrun Lenz) über Frauen im Speziallager Buchenwald, die eigentlich den Nachweis von Massenmord nach 1945 zum Thema hatte, wird festgestellt, daß die weiblichen Internierten in der Regel günstiger als die männlichen dastanden und nur ganz wenige Frauen gestorben sind. Im Konzentrationslager der Nazis dagegen wurden alle weiblichen Häftlinge in ein Bordell gesteckt und mußten sich prostituieren, bis sie tot umfielen.

Zwar will ich nicht behaupten, daß das Lager von 1945 bis 1950 ein Luxuslager gewesen wäre, und prinzipiell bin ich auch gegen Zwangsarbeit von Internierten, die nicht schon rechtskräftig verurteilt sind. Aber: Das Lager von 1945 bis 1950 hätte es nicht gegeben, wenn es nicht das Lager von 1937 bis 1945 gegeben hätte.

**ANTIFASCHISTISCHE
KUNDGEBUNG AM MAHN-
MAL: GEGEN DIE HEIMLI-
CHE KOOPERATION VON
STAAT UND FASCHISTEN**

Der Höhepunkt des Workcamps war eine Kundgebung am 6.8.94 am Mahnmal auf dem Ettersberg. Daran nahmen rund 500 Menschen teil. Redner waren ein DGB-Funktionär, ein deutscher ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald und der (französische) Vorsitzende des internationalen Komitees der ehemaligen Konzentrationslager-Häftlinge, der selbst in Buchenwald als Häftling gesessen hatte, sowie eine Vertreterin des antifaschistischen Workcamps. Die Rede dieses aus Leipzig stammenden 17jährigen Mädchens hat den meisten Beifall bekommen.

Bei der vorherigen Diskussion um die Inhalte dieser Rede kam vor allem die dritte von mir beschriebene Tendenz zum Ausdruck, fand aber offenbar die Zustimmung der Mehrheit im Workcamp. Das gilt auch für die Parole des hinter den Redenden entrollten Transparents: "Faschisten und Staat Hand in Hand. Organisiert den Widerstand!" Die Rede beschränkte sich nicht nur auf die jetzigen Anschläge, sondern ging auch auf die Ursachen ein. Sie machte deutlich, daß nicht nur das Konzentrationslager Buchenwald, sondern überhaupt der Hitlerfaschismus ohne den Kapitalismus nicht denkbar

gewesen wäre, und daß dieser Kapitalismus hier wieder sein Haupt erhebt. Solange der Kapitalismus existiert, werde es die Gefahr des Faschismus geben. Der Kampf gegen den Faschismus dürfe daher nicht auf den Kampf gegen Neonazis beschränkt werden, sondern müsse sich gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und gegen die weitere Aufrüstung des Staatsapparates nach innen und außen richten. Die Rednerin beschloß ihre Rede mit dem Schwur der Buchenwaldhäftlinge: "Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Sie sagte: "Das ist jetzt unsere Aufgabe."

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß nächstes Jahr das 50. Jahr nach der Selbstbefreiung der Buchenwaldhäftlinge im April 1944 ist. Die Aktionen werden dann einen weitaus größeren Umfang haben; z.B. sollen alle Häftlinge, die noch leben, dazu eingeladen werden.

Metiin

Anzeige



CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST

Mo-Fr 10-22 Uhr
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22 / Nordmarkt
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

LESERBRIEFE

Zum Demobericht über Büren sowie zum Bericht und Kommentar über die Veranstaltung "Sollen die Glatzen platzen" in AntifaZ Nr. 48

Liebe AntifaZ-Redaktion,

eigentlich wäre es nicht nötig, daß ich diesen Leserbrief schreibe, da ich meine Kritik auch direkt mit den Redakteuren der AntifaZ diskutieren könnte, da mensch sich in regelmäßigen Abständen immer wieder sieht. Nun möchte ich aber auch das Vorurteil, die AntifaZ sei ein Organ des AFB, klarstellen; dies stimmt nicht, eben dies soll auch nach außen deutlich werden - vielleicht tut dies die Redaktion im nächsten Editorial selbst noch einmal. Beim Bericht "Endstation Abschiebeknast" ist die Einschätzung der Anzahl der Demo-Gaffer wohl stark untertrieben. Zuhören wäre bei den Parolen auch angebracht, richtig hieß es "Bürger laßt das Glotzen sein, reiht euch in die Demo ein", kommt vom Worhythmus auch viel besser rüber, und etwas ältere Demoteilnehmer beziehungsweise AntifaZ-Leser können sich an vergangene Ostermarschdemos erinnert fühlen. Und immer noch der gleiche Kleinkrieg einiger AntifaZredakteure gegen den, die, das Autonome. Ich frage mich, welchen Kriterienkatalog der Autor hat, um den, die, das als autonom abzustempeln, von wegen, wer ist hier der mit dem Sektierertum. Anstatt Spekulieren über den Sinn, in diesem Falle nur Unsinn, von geänderten Artikeln in Parolen wäre Nachfragen angebracht, dann hätte sich auch rausgestellt, daß die Parole aus Paderborn kommt. Zum Bericht "Sollen die Glatzen platzen", mit den Farben hat der/die Autor/in es wohl nicht so, hä ? "alle in Schwarz", schaut doch mal auf eure eigenen Fotos. Es waren außerdem nicht nur türkische Jugendliche, die ihr Mißtrauen gegenüber der Polizei hatten, ebenso waren auch Jugendliche andere Nationalitäten und AntifaschistInnen aus der näheren Umgebung dabei, die die Nazis observierten, um mögliche Anschläge zu vereiteln.. Auch glaube ich, daß es uns, die wir die Nazis im Auge behalten wollten, zu verdanken ist, daß die Nazis Hausverbot bekamen. Zur Einschätzung dessen, was Riefling/Langnickel und Anhang vorhatten, sei erwähnt, daß der Referent Klaus Farin sich vorstellen konnte, diese an der Diskussion teilnehmen zu lassen, so wie er das sonst auch in der Regel tat. Er meinte, hiermit könne am ehesten die Dummheit ihrer Ideologie herausgestellt werden. Diese Position sollte noch mal diskutiert werden.

Zum Kommerntar von K.D.. Deine Erwähnung von nationalistischen Jugendlichen, die sich gegenseitig bekriegen, steht in keinem Zusammenhang mit der Observierungsaktion der Jugendlichen verschiedener Nationalitäten und der AntifaschistInnen. Hier war es der gegenteilige Fall, gemeinsames Vorgehen gegen deutsche Nazis. Daß Faschisten kontrolliert werden müssen, müßte auch Dir, K.D., spätestens nach Magdeburg bewußt sein, hier reicht das Vertrauen in die Polizei nicht aus. Wer weiß, was passiert wäre, wären nicht einige hinterhergelaufen. Eine Kritik an der Veranstaltung wäre noch, daß es nicht den Versuch gab, alle AFB-Mitglieder einzubeziehen. Sondern diese von einigen wenigen durchgezogen wurde und andere vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.
Ein AFB-Mitglied

Antwort der Redaktion:

Wie auch in früheren Stellungnahmen schon ausgeführt, betonen wir gern erneut, daß die AntifaZ eine **unabhängige** antifaschistische Zeitschrift ist, die **keiner Organisation oder Partei zugehörig** ist.

Zu den übrigen Ausführungen können wir nur vorschlagen, daß der Leserbriefschreiber seine Kritik innerhalb des AFB vorträgt. Was die Einschätzung

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten

26mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln

betrifft, es sei denjenigen zu verdanken, die "die Nazis im Auge behalten wollten", daß die Nazis Hausverbot bekamen, so ist sie ignorant und unzutreffend. Tatsache ist und bleibt, daß die Veranstalter schon vor der Veranstaltung der FAP (schriftlich) Hausverbot erteilten. Dies war auch der Polizei mitgeteilt worden, und die anwesende Polizeiführung hat dann beim Erscheinen der FAP-Truppe das Hausverbot, das nun erneut mündlich ausgesprochen wurde, eindeutig umgesetzt. Wer behauptet, die Polizei hätte den Faschos den Einlaß ermöglicht, wenn **keine** 50-70 "Nazibeobachter" aus der Veranstaltung nach draußen geeilt wären, spekuliert auf den blinden Glauben daran, daß "die Polizei" generell die Faschisten unterstützt und deshalb selbstverständlich nur durch den "entschiedenen Kampf" der AntifaschistInnen dazu "gezwungen" werden kann, ein Hausverbot gegen diese durchzusetzen. Abenteuerlich.

WT für die AntifaZ-Redaktion

An den AFB Recklinghausen
Fernerstr. 43
45657 Recklinghausen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie wir mit Bedauern zur Kenntnis nehmen mußten, wurde uns durch den Anti-Antifa Freundeskreis RE mitgeteilt, daß sie in der ANTIFAZ NR. 48 JULI/AUGUST Ausgabe Wissenstlich unwahrheiten verbreiten!

Zur Richtigstellung Ihrer Fälschung in Zusammenhang mit der Berichterstattung über den FAP Kreisbeauftragten D. Riefeling wo drei der aufgeführten Daten unwahr sind!

Auflistung der Daten:

- 1) Skinheadtreffen vom 09.11.1987
 - 2) Sozialistisches Bildungszentrum Sommer 1991
 - 3) Sowjetische Europameisterschaft Handball am Berliner Platz C.E.
- Diese Daten und Aktionen gingen keinesfalls vom Kreisbeauftragten D. Riefeling aus.
- Im Gegensatz zur FAP das eine legale Mitgliedschaft hat, sind wir eine über die Legale hinaus hinaus, eine in Untergrund operierende Militante Freundeskreise!

Hochachtungsvoll in der Hoffnung auf Weiterentwicklung:

Militantes Nationalistischer Freundeskreise

MNF

Auch ein Dokument eines AntifaZ-Lesers.
Hat es nun Dieter oder Jürgen Riefeling verfaßt??

Anzeige



OBLOMOW

Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR

Delegation kurdischer Frauen kommt in die BRD

Von Oktober bis November 1994 hält sich auf Einladung von TERRE DES FEMMES, Menschenrechte für die Frau e.V., und ihrer Türkei-Kurdistan-Koordination eine Delegation mit vier kurdischen Frauen in der BRD auf.

Die Frauen werden unter dem globalen Thema: "KÜRT KADINLAR İNSAN VE KADIN HAKLARI İHLALLERİNİ ANLATIYOR / KURDISCHE FRAUEN BERICHTEN ÜBER MESCHEN- UND FRAUEN-RECHTSVERLETZUNGEN" über die Hintergründe von Vertreibung, Flucht und Folter, Konsequenzen der Umsiedlungspolitik, Leben in den Städten der Westtürkei usw. sprechen.

Besonders die Zivilbevölkerung, d.h. Frauen, Kinder und alte Menschen, sind vom Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung betroffen. In der Folge wurden Tausende von Familien aus ihren angestammten Gebieten vertrieben, von denen viele in die größeren Städte der Westtürkei flüchteten. Aber auch dort finden sie keine Sicherheit vor Verfolgung. Insofern gibt es die von den deutschen Behörden behauptete "inländische Fluchtalternative" nicht.

Gerade für die kurdischen Frauen bedeuten diese Zwangsumsiedlungen einen Verlust ihrer sozialen und kulturellen (Frauen)Bezüge (Gemeinschaft, Sprache...). Zusätzlich sind sie einem brutalen Assimilationsdruck unterworfen, denn aufgrund zunehmend islamisch-fundamentalistischer Strömungen v.a. in den türkischen Metropolen (türkisch islamische Synthese) müssen sie sich traditionellen Rollenvorstellungen unterwerfen (keine Berufsarbeit, Zersplitterung der Familien, Fesselung an das Haus, ...).

Die Delegationsreise findet in Kooperation mit dem Menschenrechtsverein Istanbul (İnsan Hakları Derneği İHD İstanbul Şubesi) statt. Der İHD wurde 1986 gegründet und ist der größte und wichtigste Menschenrechtsverband in der Türkei. Seine Arbeit ist unabhängig und wird über Mitgliederbeiträge und Spenden unabhängiger Menschenrechtsverbände aus dem Ausland finanziert. Sein Hauptsitz liegt in Ankara; Zweigstellen gibt es sowohl in türkischen (Istanbul, Izmir, Adana usw.) als auch in kurdischen Provinzen (Diyarbakır, Elazığ usw.). Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten ehrenamtlich; sie und ihre Arbeit sind in höchster Weise gefährdet (Hausdurchsuchungen, Attentate auf Mitglieder...). Unter dem Dach des İHD İstanbul (Vors. Ercan Kaner, Kurde, Anwalt) ist u.a. auch eine Frauenkommission tätig. In ihr arbeiten türkische und kurdische Frauen gemeinsam gegen an Frauen begangene Menschenrechtsverletzungen (Recherchen, Öffentlichkeitsarbeit, Vertretung und Beratung durch Anwältinnen).

Die Zusammenarbeit von TERRE DES FEMMES e.V. und ihrer Türkei-Kurdistan-Koordination mit dem İHD İstanbul und seiner Frauenkommission besteht seit 1991. Im Herbst 1993 wurde beschlossen, gemeinsam eine Delegation zum Thema 'Frauen und Menschenrechtsverletzungen an Kurdinnen' durchzuführen.

Die kurdischen Frauen werden bundesweit Veranstaltungen mit verschiedenen Vereinen, Initiativen und Menschenrechtsgruppen durchführen. Eine Veranstaltung mit dem Antifaschistischen Bund (AFB) Ruhrgebiet e.V. und dem TERRES DES FEMMES-Projekt "Ruhr-Koordination" findet voraussichtlich in Recklinghausen am 25.11.94., dem Internationalen FrauenLesben-Kampftag gegen Gewalt gegen Frauen, statt.

Die Frauenredaktion